

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— M., bei Selbstabholung 5.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— M., für einen Monat 6.— M. — Preis der Einzelnummer 30 Pfa. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4598. — **Volkskassentor Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.90 M., bei Platzvorrat 2.30 M.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 M.; Reklame-Kolonelle 7.50 M. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Heraus mit der Goldwert-Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums!

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Unter der Überschrift: Reichsregierung und Goldwerte schreibt die Freiheit: „Nachdem die Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums über die Erfassung der Goldwerte durch einen Vertrauensbruch in die volksparteiliche und deutsch-nationale Presse gefangen ist und der Bloß der Steuerhosen ihm nur entnimmt, was ihm in den Kram paßt, ist die Reichsregierung verpflichtet, die Denkschrift in ihrem vollen Umfang zur Veröffentlichung freizugeben. Das erscheint um so notwendiger, als eine offiziöse Note berichtet, daß die Heranziehung der Sachwerte gegenwärtig noch der Beratung innerhalb des Kabinetts unterliegt. Soll diese Mitteilung mehr sein als ein Versuch der Beeinflussung der öffentlichen Meinung, so ist dringend notwendig, daß ein entsprechender Vorschlag, sobald er fertiggestellt ist, der Öffentlichkeit bekanntgegeben wird, damit er zugleich mit den übrigen Steuervorlagen in Beratung genommen werden kann. Denn da selbst von den Befürwortern der bisher vorgeschlagenen Steuererhöhungen nicht behauptet wird, daß sie zur Erfüllung der Reparationsverpflichtungen ausreichen, noch das Gleichgewicht im Haushalt des Reiches herstellen, so hängt eine durchgreifende Beratung des Finanzprogramms der Regierung in erster Linie von dem Vorschlag zur Erfassung der Goldwerte ab. Ohne diese Vorlage sind unsere Erachtens Beratungen zwecklos.“

Auch der Vorwärts fordert die Freigabe der Denkschrift. Die Regierung dagegen will anscheinend nichts davon wissen. Sie ist für die Geheimdiplomatie. Offiziös wird orakelt, „daß in der Tat im Verlauf der kommenden Gesetzgebung die Erfassung der Sachwerte Gegenstand erster Erwägungen ist. Der in der Öffentlichkeit erschienene Aufsatz aber stützt sich auf Material, das auf einem Wege dem Schoße der Geheimhaltung entzissen worden ist, der nicht im Sinne der Reichsregierung liegt. Die Erfassung der Goldwerte ist zur Stunde noch Gegenstand der Beratungen innerhalb des Kabinetts. Neue Erklärungen über die vielfachst einzuschlagenden Wege können noch nicht abgegeben werden, da sich alles noch in der Schwebe befindet.“

Wir wissen nicht, ob die schwulstige Stillisierung dieses Orakels auf Rechnung der Regierung oder des Schmöks kommt, der sie an das Blatt übermittelt hat, in dem wir es finden. Der Inhalt ist jedenfalls ebenso unerfreulich wie die Form. Die in sich uneinige Regierung bringt es nur zu nichtsagendem Verlegenheitsgemammel. Damit wird in entscheidungsschwere Stunde nichts geschafft. Wie die Tatsache, daß die Regierung noch nicht zum Entschluß kam, die Veröffentlichung der Denkschrift zu verbieten soll, ist unverständlich. Das deutsche Volk hat aber Anspruch darauf, den Inhalt kennen zu lernen, nachdem tendenziös herausgerissene Bruchstücke bekanntgeworden sind. Das sollte die Regierung begreifen!

Die Auszüge aus der Denkschrift sind vom volksparteilichen Abgeordneten Pinkernell im hannoverschen Courter veröffentlicht worden. Wir heben daraus folgendes hervor:

„Im ersten Teil der Denkschrift wird die Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes, der städtischen Wohn- und Mietgebäude, der gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen auseinandergesetzt. Vom landwirtschaftlichen Grundbesitz wird behauptet, daß sich bereits im Frühjahr 1921 gegen 1918 die landwirtschaftlichen Reinerträge auf das Drei- bis Fünffache erhöht hätten. Die jetzige Gestaltung der Getreidewirtschaft bringe eine weitere Mehrernte von 4 bis 5 Milliarden Papiermark, so daß mit einem Reinertrag von 14 bis 16 Milliarden, d. h. mit dem 5/6- bis Sechsfachen Friedensersatz zu rechnen sei. Die Wertsteigerung der forstwirtschaftlichen Grundstücke sei höher. Vom städtischen Hausbesitz wird gesagt, daß er durch die Zwangswirtschaft weniger ertragreich geworden sei, daß aber eine weitere Steigerung der Mieten bis auf rund 300 Prozent eine hohe Wertsteigerung in sich schließt. Auch bei den gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen sei eine Ertragsvermehrung auf das Sechsfache anzunehmen.“

Die Denkschrift schlägt vor, von dem sechsfachen Friedensersatz den fünften Teil herauszugeben. Die Heranziehung soll durch Befassung des landwirtschaftlichen Grund- und Gebäudebesitzes in Form einer Grundschuld erfolgen, die an erster Stelle als Goldgrundschuld eingetragene sei, und in dem Verhältnis, in dem sich zur Zeit der Enttragung Gold- und Papiermark zueinander befinden. Bei härterer Entwertung der Papiermark wächst ganz mechanisch die Schuld, die sich verringert, falls eine Besserung des Wertverlustes eintritt. Die Verzinsung der Grundschuld ist mit 4 Prozent angesetzt.

Der Ertrag an Vermögenswerten, die dem Reiche dadurch aufstehen, wird auf 110 Milliarden bei der Landwirtschaft, auf 87 Milliarden beim städtischen Grundbesitz und auf 108 Milliarden bei gewerblichen und kaufmännischen Unternehmungen angenommen. Werte, die sich steigern, wenn die Reste der Zwangswirtschaft in der Landwirtschaft beseitigt werden und die Mieten weiter in die Höhe gehen. An laufenden Erträgen aus diesen Beteiligungen errechnete man bei der Landwirtschaft 4,4 Milliarden, aus dem städtischen Grundbesitz 3 Milliarden, aus den gewerblichen und kaufmännischen Betrieben 4,4 Milliarden. Diese Beträge erhöhen sich auf insgesamt 17 Milliarden, wenn der Rest der Zwangswirtschaft beseitigt und die Mieten weiter gestiegen sind.“

Der Reichslandbund der Steuerhosen.

Berlin, 18. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Der Steuerausshuß des Reichslandbundes hat als Ergebnis seiner Besprechung über neue Steuerpläne der Regierung eine Ent-

scheidung veröffentlicht, daß jeder Versuch, einen „in der Landwirtschaft nicht mehr vorhandenen Goldwert“ zur Grundlage von Steuerberatungen zu machen, unbedingt abzulehnen sei. Der „unverhüllte Sozialisierungsversuch“, die sogenannte Erfassung der Goldwerte, könne überhaupt nicht ernsthaft zur Erörterung gestellt werden.

Dazu bemerkt der Vorwärts: „Wenn der Reichslandbund in der Erfassung der Goldwerte einen entscheidenden Schritt zur fortschreitenden Sozialisierung des produktiven Volkvermögens sieht, so wird dies für uns ein Anreiz mehr, darauf hinzuwirken. Aber wir bedürfen dieses Anreizes nicht und wir müssen, weil wir die Dinge besser kennen, leider gestehen, daß auch von einem leibhaftigen Sozialisierungsversuch in den Plänen des Reichswirtschaftsministeriums nichts zu merken ist.“ Das Berliner Tageblatt schreibt dazu: „Daß der Reichslandbund sich gegen neue Steuern sträubt — kein Mensch wundert sich darüber. Bloß der Milch-Krieg und der Fleisch-Krieg und der ganze Nahrungserzeugungsplan — daß das alles „deutsch“ und „national“ sein soll, das will uns nicht in den Kopf hinein.“

Münchener Polizeigeist.

München, 18. August. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Am Mittwoch wurde eine Verletzung der bei der verbotenen Münchener Morgenpost beschäftigten Druckerei-Angestellten und Arbeiter beim Polizeipräsidenten vorstellig. Sie wurde von dem Leiter der Presseabteilung, Professor Erid, empfangen. Herr Erid sagte den Arbeitern, sie sollten gegenüber den Redakteuren der Münchener Morgenpost, diesen Schweinehunden, zur Selbsthilfe greifen. Der Herr Polizeipräsident steht also seine Aufgabe unter dem Regim Pöbner darin, die Arbeiter im Sinne der Hakenkreuzler und ihrer Resonanzmethoden aufzuwecken und die ihm und seiner Sippe unangenehmen Redakteure im Kasernenstall zu titulieren. Gegen den Herrn Professor wird Verleumdungsklage eingeleitet werden. Gibt es noch einen Menschen, der sich wundert, daß diese Polizei keinen nationalsozialistischen Mörder findet?

Englische Warnung vor einem neuen Polenputsch.

Breslau, 18. August. (U.) Die englischen Kreisinspektoren haben verschiedentlich polnische Heerbesuche beschlagnahmt. Der Oberkommandant der englischen Truppen hat eine in energischem Tone gehaltene Warnung vor einem neuen polnischen Putsch erlassen. Der Kommandant der englischen Truppen hat für den von den Engländern besetzten Teil des Abstimmungsgebietes die Aufforderung der Einwohnerwehren verfügt. Eine entsprechende Mitteilung an die Interalliierte Kommission in Opatow wird vorbereitet. In dem Bericht wird der Nachweis geführt, daß ein neuer polnischer Putsch in Oberschlesien unvermeidlich ist, wenn nicht diese Sammelstellen der polnischen Insurgenten beseitigt und zerstört werden. Es wird darin der Vorschlag gemacht, alle bestehenden Einwohnerwehren in allen Ortschaften des Abstimmungsgebietes aufzulösen.

Nach einer Meldung aus Rom hat der italienische Minister rat beschlossen, zwei Bataillone als Verstärkung der italienischen Truppen nach Oberschlesien zu entsenden.

Deutsch-polnische Besprechungen in Oberschlesien.

Kattowitz, 17. August. (U.) In Verfolg einer Vorbesprechung, die am 12. August auf Anregung des Obersten polnischen Volksrates zwischen Deutschen und Polen stattgefunden hatte, fand gestern in Kattowitz eine Versammlung der Führer aller deutschen und polnischen Gewerkschaften und Parteien statt. Nach eingehenden Besprechungen wurde beschlossen, getrennte Aufrufe gleichzeitig in deutschen und polnischen Zeitungen an die obereschlesische Bevölkerung zu erlassen. Die Aufrufe sollen die Notwendigkeit einer Heberbrückung der nationalen Gegensätze betonen, sich gegen jede gewalttätige Lösung der obereschlesischen Frage sowie gegen Gewalttätigkeiten und Drohungen jeder Art erklären und die Bildung paritätischer Ausschüsse ankündigen, die dafür sorgen sollen, daß Ordnung und Sicherheit wieder hergestellt werden. Die Bildung dieser paritätischen Ausschüsse hat bereits begonnen.

Irland unverföhnlich?

Dublin, 17. August. (Reuters.) Im Sinnfeiner-Parlament erklärte der Valera: Wir können die englischen Bedingungen nicht annehmen und wollen sie nicht annehmen. Irland wird nicht das Statut eines britischen Dominions angeboten. Die Iren beabsichtigen, mit aller Kraft Widerstand zu leisten und sind bereit, den unverföhnlichen Ansprüchen Englands entgegenzutreten. Die Iren sind bisher nicht vor der Gewalt zurückgeschreckt, sie werden auch jetzt nicht zurückweichen, weil mehr Waffen herbeigerufen worden sind.

London, 18. August. (U.) Die Erklärungen des Valera, er könne und wolle die englischen Vorschläge nicht annehmen, werden in wohlunterrichteten politischen Kreisen nicht hochtätig aufgenommen. Man hält es für unwahrscheinlich, daß der Del Circean weitere Verhandlungen ablehnt.

Zwischen zwei Kongressen.

Von G. M. Serrati.

Wir geben die Uebersetzung des Artikels des Genossen Serrati aus dem Kwanti, weil er in die neueste Krise der italienischen Partei, die durch einen Vorstoß der Reformisten hervorgerufen wurde — die Mehrheit der Parlamentsfraktion hat unter Führung Turatis eine Kundgebung für die Koalition mit bürgerlichen Parteien zur Regierungsbildung erlassen und die Gründung einer besonderen Wochenchrift beschlossen —, einfließt und zugleich das ungeklärte Verhältnis zu Moskau beleuchtet.

Was den Kongreß der kommunistischen Internationale vielleicht am meisten beschäftigte, ist die italienische Frage gewesen. Es handelte sich in der Tat darum, theoretisch festzusetzen, ob es — bei aller Respektierung der allgemeinen Prinzipien — angängig sei, in den einzelnen nationalen Sektionen eine gewisse Bewegungsfreiheit walten zu lassen, die eine schnellere und leichtere Entwicklung der Partei gewähre, und eine Taktik, die den Forderungen der nationalen Bewegung und insoweit auch den Interessen der Internationale besser entspräche.

Die Moskauer Thesen sind in dieser Beziehung deutlich genug und, wie uns scheint, auch genügend auf diese Autonomie der Taktik eingestellt. So sagt der 16. Artikel der berühmten 21 Thesen:

„Die Parteien, die bisher ihre alten sozialdemokratischen Programme behalten haben, müssen sie unverzüglich revidieren und sind gehalten, ein neues kommunistisches Programm aufzustellen, das den besonderen Bedingungen ihres Landes angepaßt ist...“ und der Paragraph 17 sagt:

„Die kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee sollen von den verschiedenen Kampfbedingungen in den verschiedenen Ländern Kenntnis nehmen und allgemeine und obligatorische Beschlüsse nur da fassen, wo sie möglich sind.“

Dem 3. Kongreß lag somit ob, sein eigenes Urteil abzugeben über den Bann, den Cristo Babacich im Namen des Exekutivkomitees über uns ausgesprochen — und der unsern „Reinen“ (den jetzigen italienischen Kommunisten. Red. d. L. V.) sehr gelegen kam, und über unser ruhiges Ansehen, das wir unsern Genossen Lazzari, Maffi und Ribaldi anvertraut hatten.

Der Kongreß hat nichts Entscheidendes beschlossen. Der Taktik folgend, die dem russischen Bolschewismus teuer ist, und die besonders die politische Psychologie unserer russischen Genossen auszeichnet, hat der Moskauer Kongreß eine neue Spaltung innerhalb der Sozialistischen Partei versucht. Aus diesem Grunde hat er unsre „Reinen“ zurückgewiesen, die kurz und bündig die Köpfe aller italienischen Sozialisten forderten, besonders aber die der Zentristen, die als noch gefährlicher als die Rechten dargestellt wurden. Dafür hat er uns die Ausstoßung Turatis, Modiglianis und Dragonas anbefohlen, vollkommen überaus, daß — wenn diese trocknen Zweige vom Baume unserer Partei entfernt sein würden — wir wieder grün und gedeihen würden, auch wenn es sich unsre „Reinen“ Kritiker nicht träumen lassen.

Mit diesem Beschluß, der die italienische sozialistische Partei in dieselbe Lage versetzt, in der sie sich schon in Livorno befand, hat die kommunistische Internationale, ohne es zu wissen und zu wollen, einen so entscheidenden Schritt nach rechts getan, den wir nie für möglich gehalten hätten. Um bei ihrer ersten Forderung zu bleiben, hat sie schließlich der demokratischen Auffassung des Sozialismus bei sich Bürgerrecht gewährt, einer Auffassung, die in Lazzari verkörpert ist, der nicht aus blohem Zufall in Bologna die Richtung anführte, die sich der radikalen Veränderung des Programms von Genua widersetzte. Auf diesem Kongreß standen sich zwei Auffassungen gegenüber, die grundsätzlich demokratische und die des entschiedenen Klassenkampfes mit allen Mitteln. Lazzari war für die demokratische, verwarf die Gewalt, Verschwörerorganisationen, bewaffneten Widerstand. Deshalb rückten wir, wenn auch mit Bedauern, von ihm ab, weil er immer einer der unsern gewesen. Deshalb näherten sich ihm die Rechten und stimmten mit ihm. Nun sind wir soweit, daß zur gleichen Zeit, wo man uns auffordert, zur Ausschließung zu schreiten, die wir im Einvernehmen mit Lazzari in Livorno nicht vorgenommen haben, man uns zu gemeinsamer Arbeit rät mit dem alten Führer, d. h. — angesichts des schwersten Problems der Internationale — mit Turati selbst.

Einen Widerspruch gibt es hier aber nur für den, der die Strategie unzerbrochener Genossen nicht kennt. Für sie hat die Tatsache einer vorübergehenden Verbindung mit denen, die kautskische Ideen vertreten in bezug auf die Anwendung der Gewalt und des Terrors, keine Bedeutung, wenn diese Verbindung nur die Widerstandskraft gegen die Spaltung der italienischen Partei bricht.

Diese polemische Taktik — die selbst unsere Linken nur zum Teil bekannnt ist — hat die „Reinen“ wie ein Schlag ins Gesicht getroffen. Sie können nicht verstehen, daß in diesem Augenblick Lenin Lazzari näher als ihnen steht, der Rechten von Bologna näher als der Linken, wenn auch nur, um das Zentrum zu sprengen. Aber Lenin hält es weder mit dem einen noch dem andern, er hält es einfach nur mit sich, mit seiner eisernen und zerbrech-

staubenden Logg. Da er eingesehen, daß der Extremismus ihm für seine Zwecke nur sehr wenig genügt, daß die Massen noch bei uns sind, und daß die Abolaten — die er so haßt, weil sie sich das Nir einer Elite und des Berichts der Massen annehmen — noch überreich zu finden sind in der — wie Sinowjew glaubte — Partei der Proletarier, hat Lenin entschlossen einen Schritt nach rechts getan, nach Lazzari, und hat durch den Mund Lazzaris das Problem von Livorno unserm nächsten Nationalkongress überwiesen.

Nur daß das von Lazzari vorgeschlagene Problem ein andres Gesicht gewinnt. Es handelt sich nicht mehr um eine Frage internationaler Politik und um untreue Disziplin dem Exekutivkomitee gegenüber, dem wir die Kompetenz dazu abstrahlen. Es handelt sich um eine Frage interner Disziplin in der nationalen Fraktion der Internationale.

Das ist nicht, wie manchem erscheinen könnte, eine erklärte Unterabhandlung. In ihr liegt vielmehr die ganze christliche und deutsche Erklärung für unsere Haltung in der Vergangenheit. Wenn Lazzari, und sei es auch im Einvernehmen mit Lenin, eine disziplinarische Lösung eines Problems unserer internen Parteipolitik, vorschlägt, so prüfen wir diesen Vorschlag ganz anders als den von Kassaroff, auch wenn sie praktisch auf dasselbe hinauslaufen. In solchem Falle nehmen wir uns nicht mehr eine apriorische und logische dogmatische Lösung eines politischen Problems vor, sondern wir schreiben zu einer Auseinandersetzung, die der Realität unserer Lage entspricht. Und wenn die Lösung dann Lazzari gefällt, wird sie sicher nicht uns gefallen. Wir werden vielmehr sehen, ob sie nicht den Bestrebungen des wahren Kommunismus mißfällt, denen dieser Schritt rückwärts sehr sonderbar erscheinen muß.

Alles dies hat nur die Bedeutung einer Stellungnahme im voraus, während wir noch auf die detaillierten Berichte warten, ohne die ein entscheidender Schritt nicht möglich ist.

Aber während des Moskauer Kongresses tagte auch der Kongress der roten Gewerkschaften, auf dem die italienischen Gewerkschaften zu einer ziemlich merkwürdigen Rolle berufen wurden. In der Ankündigung des Kongresses, die mittels der Rosta an die 16 Millionen den roten Gewerkschaften angeschlossenen Arbeiter erlassen wurde, waren auch 3 Millionen Mitglieder der italienischen Gewerkschaften verzeichnet, die, um die Wahrheit zu sagen, weniger aufzuweisen. Aber was ihnen wirklich, effektiven Beistand zu den roten Gewerkschaften beizubringen, sind sie noch im Vorhof, wenn nicht geradezu ausgeschlossen. Durch die Verpflichtungen, die sie in Livorno auf sich genommen haben, sind sie an das Schicksal der Sozialistischen Partei gebunden.

Auch über die Beziehungen zu Amsterdam war keine Verständigung zwischen den Gewerkschaften und Moskau möglich. So daß die beiden Fragen, die politische und gewerkschaftliche, im Hinblick auf die kommunistische Internationale seinen Schritt vorwärts getan haben und auf dem nächsten Kongress in derselben Verfassung wie in Livorno auftauchen werden.

Indessen hat die Parteileitung für die ersten Tage des Oktober einen außerordentlichen Kongress einberufen auf den ausdrücklichen Beschluß des Kongresses von Livorno hin. Er war aber auch nachgerade eine Notwendigkeit geworden bei der internen Lage der Partei, der entsetzten Reaktion und bei den neuen Ansichten, die sich besonders in der parlamentarischen Fraktion Bahn gebrochen haben, die sich nicht mehr im Stadium einfacher abstrakter Tendenz befinden, sondern wirkliche Entscheidungen fordern, geradezu in offenem Aufbruch gegen die Beschlüsse der Parteileitung.

Das Reklamé der politischen Wahlen, das — allen Erwartungen zuwider — den sozialistischen Kandidaten sehr günstig war, hat der Kammer zugleich mit den besten Elementen eine Menge andersparteilicher Leute zugeführt, die von der Partei eine ganz merkwürdige Ansicht haben, so daß sie die pflichtgemäße Mahnung der Parteileitung, sich den Beschlüssen des Kongresses und der Disziplin zu fügen, als ein unnützes Hemmnis ansehen. Der sogenannte Friedensvertrag zwischen Sozialisten und Faschisten war zum Teil eine Folge dieser angemessenen Unabhängigkeit der Fraktion und der einzelnen Delegierten von der Kontrolle der Parteileitung. Andre, nicht weniger bedeutsame Erscheinungen lassen die fortgesetzten Versuche einziger erkennen, die Partei — nach Livorno! — in die Koalition mit den Bürgerlichen zu drängen.

So erwächst der Parteileitung die Aufgabe, den Kongress einzuweisen, nicht so sehr in der Hoffnung, sich durch wunderbare Beschlüsse aus einer schweren Lage zu erretten, als um den Kongress um eine Direktive anzugehen, die eine größere Willkürhaftigkeit homogener Aktion gibt. Es handelt sich darum, angesichts der Wahlresultate, die uns jowohl koalitionsfreundliche Abgeordnete befehligt haben, die gegenwärtigen Leitfäden der Partei zu bekräftigen, Leitfäden, die immer unsere Gedankengängen entsprechen, auch wenn der Faschismus wütel und die Arbeitslosigkeit wächst. Faschismus und Arbeitslosigkeit sind zwei Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft; sie unterdrücken den Klassenkampf nicht, sie verschärfen ihn im Gegenteil. Wegen dieser Tendenz der Koalition wird, glauben wir, die klare und entschiedene Resolution, für die unsere Fraktion gestimmt und die sie dem Kongress vorlegen wird, genügen.

Trotz allem sind wir überzeugt, daß die Resolution unsere Ansichten nur auf dem Kongress zum Siege verhelfen wird und die Dinge ihren gewöhnlichen Lauf nehmen werden, wenn die Partei nicht versteht, sich eine zentralisierte Organisation und strenge Disziplin zu geben, und dafür sorgt, daß alle ihre Mitglieder auf ein einziges Ziel hinarbeiten.

Die italienische sozialistische Partei ist trotz ihrer Fehler, die anzuerkennen und zu bedauern wir die ersten sind, die disziplinierteste und kompakteste aller Parteien, die einen Einfluß aufs politische Leben haben. Sie muß indessen entschlossen die Tendenzen jener niedertämpfen, die der sozialistischen Organisation den Charakter einer rein parlamentarischen geben möchten, von jenem Parlamentarismus, den Marz mit Kretinismus bezeichnete. Die politische Partei der proletarischen Klasse macht aus dem Parlamentarismus nicht einen Markt für Kombinationen und Unterhandlungen. Es kann sich ergeben, daß für manche Kategorien solche Unterhandlungen notwendig sind. Möge sie pflegen, wer daran glaubt, aber außerhalb unserer Partei, die immer bleiben soll, was sie stets gewesen, eine reine Klassenkampf- und revolutionäre Bewegung.

Die Tagesordnung des Parteikongresses, der neuerdings von Rom nach Mailand verlegt worden ist, teilt der Uoani vom 14. August mit. Sie enthält u. a. folgende Punkte:

Innere Politik der Partei.

- a) Konstitutionspolitik, parlamentarische Taktik (Referenten: Alessandrini, Barattolo, Turati);
- b) Tätigkeit der Partei in den lokalen Körperschaften (Referenten: Casarini, Ribbaldi, Romita, Zanardi);
- c) Wirtschaftliche Krise und ihre Probleme, Arbeitslosigkeit, Auswanderung, öffentliche Arbeiten, Genossenschaftsbewegung, Sozialisierung usw. (Referenten: Baldochi, Maiolo, Matteotti, Mulatti, Bessa, Smorini);
- d) Die agrarische Frage (Referenten: Mazzoni, Paragnoli, Piemonte);
- e) Militärfrage (Referent: Gatti-Großard).

Internationale Politik.

- a) Die I. S. P. und die 3. Internationale (Referenten: Lazzari, Bacchi, Filicchi, Dragagna);
 - b) Die äußere Politik und das Problem der Nationalität (Referenten: Trocos, Serrati).
- Am Zeit zu gewinnen, hat die Parteileitung die Redner für alle Richtungen gleich selbst ernannt, stellt es aber den betreffenden Richtungen anheim, diese, falls sie nicht konvenieren, durch andre zu ersetzen. Auf dem Kongress werden die verschiedenen Richtungen jeder Sektion vertreten sein. Auf je 200 Mitglieder entfällt ein Delegierter.

Lord George über die Pariser Konferenz.

Im englischen Unterhaus hielt Lord George eine längere Rede, in der er sich mit der Tagung des Obersten Rates beschäftigte. Aus dem Bericht des M.P. ist folgendes zu entnehmen. Lord George sagte u. a.:

Die letzte Zusammenkunft des Obersten Rates sei in vieler Hinsicht die wichtigste seit der Friedenskonferenz gewesen. Es gab Fragen, die die Solidität der Entente bedrohten. Er sei der Ansicht und es sei gewiß — die Ansicht werde von jedem Mitgliede des Hauses geteilt —, daß die Einigkeit der Alliierten eine Gewähr für den Frieden Europas sei (Beifall). Ein Versuch, wobei jeder seine eignen Interessen verfolgte, ohne Rücksicht auf die andern, würde die Gefahr eines Konfliktes vermehren, den Ansporn zur Verständigung schwächen, die Gefahren, die den Weltfrieden bedrohen, unberechenbar vergrößern. Aus diesem Grunde sei die letzte Zusammenkunft des Obersten Rates eine der bedeutendsten, die bisher stattgefunden haben, und es sei außerordentlich zu begrüßen, daß zum Schluß der Konferenz eine Entschließung angenommen wurde, die nicht nur besagt, daß die Allianz fortzu dauern soll, sondern daß der Geist der Allianz so stark wie nie zuvor sei. (Beifall).

Die Frage, die die größte Besorgnis verursacht habe, sei die oberhalbste Frage gewesen, in vieler Hinsicht eine der gefährlichsten und heikelsten Fragen, die je erhoben worden seien, obgleich an sich verhältnismäßig eines der leichtesten Probleme, die je gelöst werden sollten.

Lord George erklärte, es sei zuzugeben, daß die Bevölkerung Oberhalbsteins überwiegend deutsch sei. Bezüglich des westlichen Teiles Oberhalbsteins, der in seiner überwiegenden Mehrheit für Deutschland gestimmt habe, bestehe unter den Alliierten vollkommene Uebereinstimmung, desgleichen darüber, daß Weiz und Agn, die für die Polen gestimmt hätten, Polen zugewiesen werden sollten. Die italienischen und die britischen Sachverständigen, desgleichen die italienische und die britische Kommission stimmten darin überein, daß das sehr wichtige Industriegebiet auf der Grundlage der Abtretung der Bevölkerung Deutschland zugeteilt werden müsse. Es wäre vollkommen unmöglich, Inseln zu schaffen, und deshalb hätten sie zu beschließen gehabt, an wen das genannte Gebiet fallen sollte.

Die französischen Sachverständigen seien ganz anderer Ansicht gewesen. Die italienische und die britische Kommission hätten in dieser Frage nur das eine Interesse gehabt, beiden Parteien Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Franzosen hätten genau dasselbe Interesse gehabt, nur daß sie ungewissenhaft durch andre Umstände bewogen worden seien, die ihr Urteil mißbestimmten, nämlich die Frage der Sicherheit, indem sie die Bevölkerung, das Zink und das Eisen Deutschland wegnahmen und Polen ausschütten wollten. Dies sei keine Erwägung, die in dem Friedensverträge enthalten sei. Der Vertrag gebe die klarsten Richtlinien bezüglich dessen, was in Betracht gezogen werden müsse, nämlich die Bevölkerung, die wirtschaftlichen und die geographischen Erwägungen. Keine andern Erwägungen gehörten jedoch nicht zu den Richtlinien des Vertrages und seien deshalb als außerhalb des Kreises der Erwägungen liegend angesehen worden. Wenn einer Ungerechtigkeit zugestimmt würde, so würde dies einen Konflikt in der nahen Zukunft, bestimmt in der ferneren verursachen und es würde keinen dauernden Frieden geben. Das Haus werde sich erinnern, daß ein Versuch unternommen worden sei, um die Entscheidung des Obersten Rates vorweg zu nehmen. In Oberschlesien habe ein politischer Zustand festgestellt, der eine sehr bemerkenswerte Unklarheit hatte mit den gleichen Bewegungen, die bereits in Litua und an der russischen Grenze festgehalten hatten und wie sie sich vorher in Oberschlesien ereignet hatten. Man sei in London der Ansicht gewesen, daß, wenn diese Dinge ohne Einspruch geduldet würden, die Herrschaft des Völkerrechtes zu Ende sein würde und daß Gewalt bei der Entscheidung dieser großen Frage die Oberhand erlangen würde. Dies würde für den Frieden verhängnisvoll gewesen sein. Aus diesem Grunde habe er einen energischen Schritt unternommen, um einen nachträglichen Protest gegen die Anerkennung dessen, was als fait accompli gelten könne, zu erheben. Es sei wesentlich, daß eine Warnung erteilt werde, soweit die Regierung von Großbritannen in Betracht komme, die — wie erfolgreich auch immer ein Versuch für eine gewisse Partei sei — diesen Zustand nicht anerkennen könne, und daß nur eine Entscheidung das Schicksal Oberschlesiens bestimme, nämlich die Entscheidung der Körperschaft, die, vom Friedensvertrag selbst geschaffen, nach den Grundrissen handle, die im Friedensverträge niedergelegt wurden.

Lord George sprach sich anerkennend aus über die Hilfe, die Sir Harold Stuart dabei geleistet habe, der mit großer Urteilskraft, Entschiedenheit und Tatkraft gehandelt habe, und dem es im Verein mit den übrigen Kommissarissen vor allem zu verdanken sei, daß der Zustand in Oberschlesien liquidiert und die Autorität der Alliierten wieder hergestellt wurde.

Lord George erklärte weiter: Es habe von Anfang an die Schwierigkeit der Frage der Sicherheit bestanden. Auf englischer Seite habe man empfunden, daß, sobald die statistischen, geographischen und wirtschaftlichen Fragen besprochen wurden, bei den Franzosen immer die Erwägung der Sicherheit vorherrschte, und daher die Franzosen keinerlei Vorschläge zustimmen könnten, die den übrigen Alliierten annehmbar waren. Unter diesen Umständen habe man in voller Uebereinstimmung beschlossen, die oberhalbste Frage der schiedsrichterlichen Entscheidung des Völkerbundes zu unterbreiten. Man könne einwenden, daß dies bereits früher hätte geschehen können. Es hätte jedoch bestimmt nicht früher geschehen können, ohne daß man einen politischen Mißerfolg riskiert hätte. Die eine Schwierigkeit, die bestanden habe, sei die gewesen, daß man zunächst den Zustand erlebigen mußte. Man hätte dieses Problem nicht dem Völkerbunde übergeben können, da er nicht über die Ausrichtung verfügte, um mit dem Zustande fertig zu werden. Der Oberste Rat sei die einzige Körperschaft gewesen, die sich mit dem Zustande habe befassen können. Er sei daher, daß der Vorschlag, den Völkerbundsrat entscheiden zu lassen, in dem einzigen Augenblicke gemacht wurde, in dem er annehmbar war und Aussicht auf Erfolg hatte.

Es bestehe kein Zweifel, daß auch die Frage der Sanktionen, die Deutschland auferlegt seien, schwierig gewesen sei und daß die wirtschaftlichen Sanktionen nur gerechtfertigt seien, wenn Deutschland bessere Abmachungen angelehnt hätte. Deutschland aber tue sein Bestes, um seine Verpflichtungen durchzuführen. Die Alliierten seien daher Uebereinstimmung, eine Verlängerung dieser

lechten Maßregeln aufzuheben. Die Frage der militärischen Sanktionen werde dem militärischen Ausschusse, der seine Sitzungen in Paris abhalten werde, überwiegen, und es bestehe die Hoffnung, sie bei der nächsten Zusammenkunft des Obersten Rates zu behandeln. Es herrsche allgemein die Ansicht, daß die Zeit zu einer allmählichen Zurückziehung der Deutschland durch die Sanktionen und die Kontrolle angelegten Lasten gekommen sei. Die Ausgaben für diese vorläufigen Schritte Augenblicklich hätten die Ausgaben für die Besetzung und die Kontrollkommissionen in Deutschland fast das ganze Geld verschlungen, das für Reparationszwecke verfügbar sein konnte. Es bestehe kein Zweifel, daß sie auch einen Zustand dauernder Erregung schafften. Deutschland sei jetzt erschöpft und liege danieder. Die Alliierten hätten beschlossen, einige der Kontrollkommissionen allmählich, soweit es möglich sei, zu vermindern. Was die Sicherheit Frankreichs betreffe, so hänge die wahre Sicherheit Frankreichs von drei Dingen ab:

1. Von der Entwaffnung Deutschlands. Darauf habe die britische Delegation bei allen Zusammenkünften des Obersten Rates bestanden. Wenn jedoch diese Rüstungen einmal vermindert seien, so sei unmöglich, die Sicherheit Frankreichs zu stellen. Nichts geschehe innerhalb des Deutschen Reiches, was den Alliierten nicht bekannt sei. Deshalb könne Deutschland niemals etwas unternehmen, was mit seiner früheren überwältigenden Ueberlegenheit vergleichbar sei.

Der zweite Umstand, von dem die Sicherheit Frankreichs und Europas abhängig sei, sei der, daß Deutschland sich des Ruins bewußt werde, von der Seite Frankreichs her zu kommen.

3. Hänge die Sicherheit Frankreichs davon ab, daß jedem Angreifer zum Bewußtsein gebracht werden müsse, daß er sich die ganze Welt zum Feinde mache.

Ueber die türkisch-griechische Frage erklärte Lord George, der einzige Weg sei, beide Parteien ihre Kämpfe aufzuheben zu lassen. Der Krieg habe ein Verdienst: Er zwinge zur Achtung vor Tatsachen. Die Griechen und auch die Türken würden leichter zu behandeln sein, wenn ihnen die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gründlich und deutlich zum Bewußtsein kämen. Wenn diese Zeit komme, so zweifle er nicht daran, daß der Vertrag von Sèvres geändert werden müsse. Möglicherweise im Siege sei für eine Nation noch wichtiger als der Sieg selbst. — Dann wandte er sich der Frage der russischen Hungernot zu, die die menschliche Menschlichkeit seit Jahrhunderten sei, die die Welt bedrücken habe. Sehen sie ein Telegramm von dem britischen Handelsvertreter in Moskau eingetroffen, das besage, daß 35 Millionen Menschen hilflosbedürftig sind, 30 Prozent davon seien Kinder. Das sei die Lage, die in dem amtlichen Telegramm geschildert wurde.

Lord George hob hervor, daß niemand auf der Pariser Konferenz, ob er für oder gegen die Bolschewiken sei, das politische Element hineintrug und die Hungernot zu politischen Zwecken auszunutzen sollte. Es könne nichts ohne vollständige Zusammenarbeit mit der Regierung von Moskau in den Hungergebieten unternommen werden. Es müßte vollständige Gewähr dafür vorhanden sein, daß alle Hilfe der in Not befindlichen Bevölkerung zugute komme. Die Leute, die das Hilfswort organisieren, müßten selbst die Aufsicht darüber haben und das Hilfswort könne nur Erfolg haben, wenn in dem nicht heimgekehrten Gebiet die russischen Bauern veranlaßt werden könnten, ihre Getreidevorräte gegen Lieferungen, die vom Ausland kommen, abzugeben. Die Lieferungen vom Ausland könnten nur erfolgen, wenn die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bezüglich der Verlets an Rußland gemachten Lieferungen anerkenne. In Frankreich seien Hunderttausende von Menschen, die ihren letzten Pfennig hergeben hätten, um Rußland in früheren Jahren zu helfen. In England befänden sich zahlreiche Personen, die ihre Waren nach Rußland geschickt hätten und ihr Kapital dort anlegten. Wenn die Sowjetregierung Vertrauen schaffen wollte, das die Handelswelt dazu bewegen könnte, im letzten Augenblicke einzutreten, dann müßte sie erklären, daß sie ihre Verpflichtungen anerkenne. Dann schilderte Lord George die Not, die der Krieg in allen Ländern zuzulassen habe und erklärte unter Beifall, die Vorschläge einer Weltkonferenz könne nicht eine Stunde zu früh, jedoch auch nicht zu spät kommen, wenn nicht eine dauernde Weltkonferenz verbündeter Nationen in der Welt bestünde — welche Gestalt auch dieser Vorschlag nehmen möge — die eine Gewähr dafür biete, daß Ehrgeiz und Habgier niemals wieder die Welt in diesen Stumpf des Elends stürze. (Großer Beifall.)

Die Debatte.

Allgemeine Zustimmung.

Asquith bezeichnet die Rede Lord Georges als die beständigste Erklärung über die internationalen Lage seit dem Waffenstillstand. Er begrüßte die bevorstehende Aufhebung der Deutschland auferlegten wirtschaftlichen Sanktionen und sagte, er hoffe, daß die Aufhebung der militärischen Sanktionen bald folgen werde. Asquith erklärte, in dem türkisch-griechischen Konflikt müßten die Alliierten strengste Neutralität wahren und soweit wie möglich das Gebiet auf die engsten Grenzen begrenzen. Asquith fragte bezüglich der oberhalbste Frage, ob nach Ansicht Lord Georges die Deutschen und die Polen Gelegenheit erhalten würden, ihren Fall zu unterbreiten. Lord George antwortete zustimmend. Auf die Frage, ob die Deutschen in dieser Hinsicht in genau dieselbe Lage versetzt werden würden, wie Polen, obwohl Deutschland nicht Mitglied des Völkerbundes sei, nickte Lord George, wie es den Anschein hatte, ebenfalls zustimmend.

Thomas erklärte, die Ansicht der Arbeiterpartei sei, daß Lord George bei seiner Beurteilung über die oberhalbste Frage die überwältigende Mehrheit des englischen Volkes hinter sich habe, das der Meinung sei, daß die französische Forderung von einem arismetrischen und niedergeburteten Deutschland den besten Interessen Englands und dem künftigen Weltfrieden widerspreche. Thomas bedauerte, daß Lord George es als notwendig befunden habe, die finanziellen Verpflichtungen Rußlands zu erwähnen.

Barnes sagte, die Sicherheit Frankreichs beruhe nicht in der Zerschmetterung Deutschlands, sondern in der Schließung von Freundschaften in der ganzen Welt.

Tom Shaw erklärte, er fürchte, die dem französischen Vorgehen zugrunde liegende Politik sei nicht durch die Kurat vor Deutschland eingeleitet, sondern von dem Verbrechen, Bergwerke und Land an sich zu reißen, und die hauptsächlichsten Mineralische Europas zu kontrollieren.

Briand zur Rede Lord Georges.

Wie Havas berichtet, gab Briand Pressevertretern gegenüber eine Erklärung ab, in der er sagte, die Vertreter von acht Ländern im Völkerbundsrat geben alle Willkür für vollständige Unabhängigkeit bei ihrer Entscheidung über Oberschlesien. Sie werden nach ihrem Gerechtigkeitsgefühl eine Grundlage für das Gutachten finden, die dem Wortlaute und dem Geiste des Friedensvertrages entspreche. Er selbst habe vollständiges Vertrauen zu diesen Männern.

Auf die Bitte eines Pressevertreter, in wenigen Worten seine Auffassung über die Rede Lord Georges im Unterhause mitzutellen, erklärte Briand:

Die Rede des englischen Premierministers gleicht ganz genau der Rede, die er im Obersten Rate gehalten hat. Er verteidigt seine Auffassung, aber es bleibt dabei, daß dies in keiner Weise der französischen Auffassung widersprechen kann. Es ist ein großer Irrtum, wenn Lord George unsere Haltung einzig und allein unserer Sorge um unsere Sicherheit zuschreibt. Wir sind genau so gut wie er eifrige Anhänger des Gedankens der Gerechtigkeit und der Durchführung des Friedensvertrages. Eine Meinungsverschiedenheit besteht dagegen in der Art und Weise, wie er den Art. 28 ausfaßt und vor allem in dem Geiste, in dem über die Selbstbestimmung entschieden worden ist. Die Tagung des Völkerbundes wird unsere Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage klären. Im Obersten Rat waren wir eigentlich nur in zwei Punkten vollständig einig. Unsere Sachverständigen, vor allen Dingen die juristischen, hatten einstimmig folgende Feststellungen getroffen:

1. Der Friedensvertrag steht grundsätzlich und tatsächlich eine Teilung Oberschlesiens vor.

2. Für diese Teilung, die nach der Abkündigung der Verträge erfolgen soll, werden die ethnographischen Verhältnisse eingehend zu berücksichtigen sein.

Betrachten wir nun einmal die Ergebnisse, die im Art. 88 vorgezeichnet sind. Wenn man eine Karte von Ober- und Unterfranken, und darauf nach der ersten Eingabe der Logis und nach einem kurzen Ueberblick das Land in zwei Hälften teilt, so sieht man:

1. daß nach den Ergebnissen der Abstammung der westlichen Teil, der nach Deutschland zu liegt, eine deutsche Mehrzahl hat,
2. daß der östliche Teil nach Polen zu eine polnische Mehrzahl hat.

Von der ersten Minute an hatte Frankreich vorgeschlagen, daß die Teilung nach dieser Feststellung erfolgen sollte. Es wird eine schwierige Aufgabe sein zu behaupten, daß eine solche Teilung einen Vorteil gegen den Fortschritt und vor allem gegen den Geist des Friedensvertrages vorstelle. Aber man hat uns eingewendet, daß Art. 88 in erster Linie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt wissen wolle und daß es Pflicht der Verhandlungsleitungen sei, auch diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten.

Es handelt sich jedoch darum, festzustellen, was man unter dem Titel Industriegebiet verstehen wolle. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Grundbesitzer die Grundlagen für jede Industrie sind, daß nur sie einen Betrieb entwickeln und fördern können, und daß deshalb die wirtschaftlichen Verhältnisse, die im Art. 88 vorgezeichnet sind, sich auf die ganze Grundbesitzerwelt erstrecken müssen. Wenn man nun die Stimmen berechnet, die in diesem Teffe Oberfrankens abgegeben worden sind, so kommt man zu der Feststellung, daß die Polen dort unbestreitbar die Mehrheit haben. Man wird zugeben müssen, daß diese Auffassung und Beweiskennung durchaus dem Friedensvertrage entspricht und daß Frankreich diesen Standpunkt vertreten konnte, ohne irgendwie gegen den Geist der Gerechtigkeit zu verstoßen.

Friand erklärte Johann nochmals eingehend den französischen und englischen Standpunkt in der oberfränkischen Frage, sowie den Gang der Verhandlungen, um eine Verständigung zwischen dem französischen und englischen Standpunkte zu erzielen, was sich aber als unmöglich erweisen habe. Er schloß die oberfränkische Frage habe eine vorübergehende Streitigkeit hervorgerufen; wenn diese aber geregelt sei — und das werde nicht lange dauern —, wolle er hoffen, daß trotz alledem für die Völker der Entente die Notwendigkeit bestehen bleibe, ihre enge Einigkeit zu wahren, um Europa das Gleichgewicht und die Festständigkeit zu sichern, die für den Frieden der Welt unentbehrlich sind.

Die Nord-Hunderlschaft ZBV.

Der „Hunderlschaft zu besonderer Verwendung“, der aus der berühmtesten Staffel des mecklenburgischen Hauptmanns v. Kessel hervorgegangenen Polizeiorganisation, ist das Nord-Hund ganz und gäbe, wie das zu den besondern Eigenschaften der Rostocker Ordnungsgesetze gehörte. Bekannt ist der Fall des Oberwachmeisters Buchholz jener Hunderlschaft, der erschossen wurde, weil er auszuviel über die Schurkerei gewisser Leute wußte und diese gewissen Leute ein Plaudern des Buchholzes fürchteten. Um den Verdacht des Mordes abzulenkten, erfanden sie das Märchen, Buchholz habe Selbstmord begangen. Der Vormwärts kann nun zwei Entwürfe vorzubringen, die das Selbstmordmörderchen endgültig abtun. In dem einen Gutachten des Gerichtscharakterkundigen Medizinalrat Störmer vom 5. August 1921 heißt es:

„So handelt sich bei Buchholz bestimmt um Tötung durch dritte Hand. Der Schuß ist von hinten abgegeben worden aus einer Entfernung von 50 bis 35 Zentimeter.“

Und das Gutachten des Waffenachverständigen Barckhausen lautet im entscheidenden Satz:

„Ich folle mein Gutachten dahin zusammen, daß der Schuß aus der vorkliegenden Mauerpistole 7,65 abgegeben worden ist, daß bei Abgabe des Schusses die Mündung etwa 30 Zentimeter vom rechten Hinterhaupt entfernt war, daß sich Buchholz diesen Schuß nicht selbst beigebracht haben kann.“

Also Buchholz ist von der eigenen Hunderlschaft ermordet worden. Aber kein Mitglied der Hunderlschaft wagt zu reden aus Furcht, dieses Schicksal teilen zu müssen. Trotzdem diese Dinge bekannt sind, läßt der Rechtssozialist Richter, seines Zeichens immer noch Polizeipräsident von Berlin, diese „Hunderlschaft“ zur Verhaftung der Arbeiter und zur Verberberung und zur Auslieferung von Norden bestehen.

Das wurde nun einigen seiner Parteigenossen zu dumme: auf dem jüngsten Bezirkstag der Rechtssozialisten Groß-Berlins wurde ein Redner, diese Haltung Richters in der Sache zu tadeln. Worauf ein anderer höher beamteter Genosse ihm erwiderte, wenn Richter gegen die Nord-Hunderlschaft energisch vorgehe, so werde er unter der Regierung Stegerwald-Dominicus die längste Zeit Polizeipräsident gewesen sein. Was jedenfalls ein zureichender und einleuchtender Grund für seine Untätigkeit in der Sache ist.

Zur Abrüstungskonferenz.

Sardings Optimismus.

Washington, 17. August. (D.A.) In einer in Lancaster, New Hampshire, gehaltenen Rede sprach sich Präsident Harding höchst vertrauensvoll über den Ausgang der Abrüstungskonferenz aus. Er sei überzeugt, daß nach dem Ende seiner Amtszeit eine neue Ordnung der Verhältnisse in der Welt erreicht sein würde. Der unter moralischer Führung der Vereinigten Staaten unternommene Versuch, eine Abrüstung zu erreichen, werde die Welt zum Frieden führen. Freiwillig habe man der jungen amerikanischen Republik die Führerschaft in der Welt zugestanden. Wie, in Amerika, und die ganze Welt sind heute entschlossen, allen Kriegen ein Ende zu machen. Mit dieser Absicht hat die amerikanische Regierung eine Konferenz der Nationen bezeugen, um zu einer Verständigung zu kommen, die die Ursachen für Kriege beseitigt und den künftigen Kämpfen ein Ende macht. Ich bin überzeugt, daß wir Erfolg haben werden.

Briards Spekulation.

Paris, 17. August. Nach dem Geleit wird in gut unterrichteten Kreisen berichtet, daß im Gegensatz zu dem, was früher gesagt wurde, Briard in Washington die Debatte nicht einzig und allein auf die Entwaffnungsfrage zu beschränken versuchen wird. Der französische Ministerpräsident soll der Ansicht sein, daß die Gelegenheit günstig wäre, die meisten großen internationalen Probleme zur Sprache zu bringen und bei den amerikanischen Freunden Frankreichs eine Darstellung der lokalen Absichten der französischen Politik aller Welt gegenüber zu geben.

Steuerfreibewegung in Belgoland.

Berlin, 18. August. Nach Mitteilungen aus Belgoland soll es dort am vergangenen Montag zu Zusammenrottungen und schließlich zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei gekommen sein. Diese Nachrichten sind übertrieben. Der Vorgang soll, wie uns an Berliner a m t l i c h e r Stelle mitgeteilt wird, auf die seit einiger Zeit auf Belgoland betriebene Propaganda zur Erreichung der Steuerbefreiung für die Inselbewohner zurückzuführen sein. Auf die Nachricht, daß die Angelegenheit der Belgoländer Steuerbefreiung an den Reichstag überwiesen worden sei, hatte eine große Anzahl der Steuerpflichtigen den Beschluß gefaßt, die Abgabe einer

Steuererklärung zu verweigern. Wegen dieser Auffassung wandte sich der Belgoländer Regierungskommissar an die Regierung und erhielt die Auskunft, daß der Reichstag mit der Belgoländer Steuerangelegenheit nicht befaßt werden würde. Diesen Bescheid ließ er auf Belgoland öffentlich ausschlagen, wobei er gleichzeitig hinzufügte, daß die Steuerpflichtigen, die sich weigerten, eine Steuererklärung anzufertigen, die Folgen ihrer Handlungsweise auf sich nehmen müßten. Diese Erklärung des Regierungskommissars gab Anlaß zu einer Verurteilung unter der Belgoländer Bevölkerung. Mit Hilfe einer kleinen Abteilung Schutzpolizei konnten die Demonstranten rasch zum Auseinandergehen gebracht werden. Zu weiteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die deutschen Naturalleistungen an Frankreich.

London, 18. August. (D.A.) Der Daily Telegraph beschäftigt sich mit den Verhandlungen der Finanzminister in Paris und erklärt, es habe in England und bei den übrigen Alliierten nicht geringe Ueberraschung erregt, daß Frankreich seine Unterpflicht unter die Beschlüsse der Finanzminister verweigern wolle. Das Blatt erklärt dann, daß Frankreich tatsächlich 300 Millionen Goldmark auf die seine Belastungslasten durch deutsche Naturalleistungen erhalten hätte, die es nun zurückzahlen müsse und daß dieser Betrag Frankreich von den übrigen Jahreszahlungen abgezogen und England überwiesen werden sollte. Wenn sich Frankreich dagegen wende, daß die Saarlokale als deutsche Naturalleistungen gebucht werden, so verfolge es, daß durch das Abkommen von Spa diese Anrechnung festgelegt worden ist. Endlich erklärt der Daily Telegraph, daß die Konferenz der Finanzminister beschlossen habe, das Abkommen einer erneuten Prüfung zu unterziehen.

Kein neues Schuldbekenntnis gefordert.

Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erklärt, ist die Mänterweldung über einen Stillstand der deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen unzutreffend. Seitens der Vereinigten Staaten ist eine Forderung über die Abgabe eines deutschen Schuldbekenntnisses, die angeblich zu dem Stillstand der Verhandlungen geführt haben sollte, nicht erhoben worden.

Einschluß der amerikanischen Belastungshöhen in die Reparationsforderungen.

Paris, 18. August. Henry Wales glaubt in Chicago Tribune mitteilen zu können, daß die Kosten für die amerikanischen Besatzungstruppen in die Reparationen mit eingeschlossen werden sollen, die die Regierung der Vereinigten Staaten bei den Friedensverhandlungen mit Deutschland fordern werde. Es werde angenommen, daß die amerikanische Regierung sich mit dem Satz von zwei Dollar pro Tag und Kopf, den die Finanzkonferenz festgelegt hat, einverstanden erklären wird.

Die Vorgänge in Fünfkirchen.

Fünfkirchen via Wien, 18. August. (D.A.) Nach den aufgefundenen Vorfällen der letzten Tage herrscht heute in der Stadt wieder Ruhe. Das Exekutivkomitee führt die Regierungsgeschäfte und verhandelt mit der jugoslawischen Regierung. Die jugoslawischen Besatzungstruppen nehmen eine abwartende Haltung ein und begnügen sich damit, die Ordnung aufrechtzuerhalten. In den Bergwerken ruht die Arbeit noch, da die Arbeiterschaft mit der Errichtung von Barrikaden und Befestigungswerken beschäftigt ist. Die Stimmung ist sehr erregt und man hört vielfach die Drohung, im äußersten Falle die Gruben vor den eingeschobenen ungarischen Truppen in die Luft zu sprengen. Aus Wien ist ein Telegramm der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft ungarischer Emigranten eingelaufen, in dem der Präsident Garbai mitteilt, daß alle ungarischen Flüchtlinge der neuen Fünfkirchner Regierung zu Hilfe eilen werden. Man erwartet die Ankunft des Grafen Karolgyi, der vermutlich in Belgrad persönlich intervenieren wird, um so die Entscheidung über das Schicksal Barannas herbeizuführen.

Die Auffassung in Budapest.

Budapest, 18. August. (D.A.) Die Nachricht von den Fünfkirchner Ereignissen hat in hiesigen politischen Kreisen lebhaftes Erregung hervorgebracht. Die Presse spricht von einem bolschewistischen Komplotz (natürlich) und bezeichnet die neuen Nachrichten in Fünfkirchen als Vaterlandsverrat. Die sozialistische Bewegung weist in ihrem Bericht über diese Ereignisse große Jenurkunden auf. In parlamentarischen Kreisen gibt man der Ueberzeugung Ausdruck, daß die Besetzung Barannas auch durch die neueste Wendung keine wesentliche Verzögerung erleiden wird. Die liberalen Kreise warnen vor einer Politik der Rache und fordern die Regierung auf, dafür zu sorgen, daß die Aburteilung der Fünfkirchner Politiker nicht den militärischen Befehlshabern, sondern den ordentlichen bürgerlichen Gerichten überlassen wird. — Was auch nicht viel bedeuten will!

Wettungarn und Fünfkirchen.

Wie die U.A. aus Budapest erfährt, hat man in ungarischen Regierungskreisen die Absicht, unter Berufung auf die Bestimmungen des Friedensvertrages die Uebergabe Westungarns an Oesterreich von der vorherigen Räumung des Gebietes von Barannas abhängig zu machen. Die ungarische Regierung wird darauf hinwirken, daß durch die längsten Vorgänge in Fünfkirchen und durch die zweifelhafte Haltung der tschechischen Regierung die Rückgabe dieses Gebietes an Ungarn in Frage gestellt ist. So lange aber Ungarn nicht in den Besitz aller, ihm durch den Friedensvertrag zugesprochenen Territorien gelangt sei, könne auch die Abtretung Westungarns nicht spruchselig sein.

Die Völkervereinigung fordert Unterwerfung der Fünfkirchner.

Paris, 17. August. Der Völkervereinigung nahen heute von dem Telegramm Kenntnis, das er über die Lage im Barannagebiet erhalten hat. Er beschloß, sofort in Belgrad die nötigen Schritte zu tun, um die tschechische Regierung nachdrücklich auf die Notwendigkeit hinzuweisen, die ungarischen Gebiete gemäß den Bestimmungen des Vertrags von Trianon unverzüglich zu räumen.

Netzt ist es Pflicht der Sozialisten in den Ententeländern, zu handeln. Die sozialistischen Arbeiter dürfen nicht zulassen, daß ihre Klassengenossen in Fünfkirchen bedingungslos an Gorkhy-Ungarn ausgeliefert werden.

Gewerkschaftsbewegung.

Abkommen zu dem sächsl. Teilstaatsvertrag für Staatsangestellte. Nachdem das Gesetz über die erhöhte Kinderbeihilfe für die Beamten verabschiedet ist, hat der Zentralverband der Angestellten auch beim Gesamtministerium die Ausdehnung der Zahlung der erhöhten Kinderbeihilfen an die Angestellten verlangt. Das Gesamtministerium hat darauf unter dem 12. August 1921 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Die Kinderbeihilfe, die den Angestellten bei der sächsl.

Staatsverwaltung nach § 15 des Teilstaatsvertrages 1854 M. A. P. vom 12. 8. 20 und den Staatsarbeitern nach Ziffer IV des Lohnvertrages 2. P. A. vom 8. Januar 1921 ansteht, ist für jedes unterhaltungsberähmte Kind bis zum vollendeten 6. Lebensjahre mit monatlich 40 M., bis zum vollendeten 14. Lebensjahre mit monatlich 50 M. und bis zum vollendeten 18. Lebensjahre mit monatlich 60 M., zu gewähren.

2. Als unterhaltungsberähmte gelten auch Stiefkinder, die in die Familiengemeinschaft aufgenommen sind.
3. Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1921 in Kraft. Es bleibt vorbehalten, sie durch ergänzende Abkommen zu den unter 1. genannten Tarifverträgen zu erlassen.
Zu den festgelegten Kinderzulagen kommen natürlich noch die Teuerungszulagen.

Aktion, Leipziger Holzarbeiter!

Infolge Streiks ihrer Lebenshaft versuchen die bestreikten Betriebe ihre eiligen Arbeiten in andern Betrieben unterzubringen. In den nicht bestreikten Betrieben, auch der andern Branchen, ist deshalb scharf zu beobachten, daß beratige Arbeiter nicht untergebracht werden. In Zweifelsfällen ist sofort Meldung an die Streikleitung, Gerberstraße 1, II., Zimmer 23, zu erlangen. Die vom Streik betroffenen Firmen sind folgende:

Behmann, Wagwitz; Hügel, W.-Hofstra; Kraus, Weststra; Förster Nachf., Wagwitz; Strauß; Gündel, Kohls; Häußliche u. Volkmar, Elsterstraße; Grotz, Kolkestraße; Polyphon, Wahren; Kraft-Beckmann, Turtisch; Bauer Nachf., Kolonnenstraße; Müller u. Co., Rodstraße; Schäb, Körnerstraße; Wittig, Stöterlich; Gottschall, Salomonstraße; Hagenah u. Behmann, Turtisch; Siemcs, Turtisch; Dähne, Lindenau; Ditz, Thomastustraße; Hüh u. Hahn, Gerichstraße; Aartsohn, Anger; Hartmann, Lindenau; Friedrich, Lindenau; Haring, Uhrgehäuse, Connewitz; Dörfer, Sedanastraße; Schumann, Lindenau; Albert Müller, Tiltstraße; Schubert, Stöterich; Schneider, Weststraße; Altem, Weststraße; Jäckendorf u. Schwender, Werner Haring Nachf., Jäger Straße; Meißner, Körnerstraße; Winkler, Feudnitzer Straße; Jäger, Tiltstraße; Mäker, Südstraße; Mitteldeutsche Möbelfabrik, Madau; Reine, Wagwitz; Fride, Zimmergeschäft, Anger; Busse, Connewitz.

Die Streikenden bitten um unbedingte Solidarität ihrer Klassengenossen. Deutscher Holzarbeiterverband

Streik der Elektromonteure in Leipzig!

Wennschon in der Metallindustrie die niedrigsten Löhne gezahlt werden, so sehen hier wieder die Elektromonteure an letzter Stelle. 5,50 M. pro Stunde sah der Tarif bis auf den heutigen Tag in der obersten Klasse als Entlohnung vor. Seit Monaten haben die Elektromonteure auf dem Verhandlungswege versucht, eine bessere Bezahlung herbeizuführen, aber ohne Erfolg. Die jetzt gemachten geringen Zugeständnisse — 20 Prozent für Verheiratete und 15 Prozent Zulage für Lebige auf die bestehenden Tariflöhne — konnten die Elektromonteure wegen der inzwischen eingetretenen ungeheuren Teuerung nicht annehmen. Da die Unternehmer weiteres Entgegenkommen nicht zeigten, traten die Elektromonteure heute morgen in den Streik. Die Verantwortung für die nun in Frage gestellte Fertigstellung der Mechaniker mögen die Unternehmer tragen. Von den Elektromonteuren ist bis zum Neuesten gewartet worden, che sie zur Waffe des Streikes ge-griffen haben.

Wir ersuchen die übrige Arbeiterschaft, jede Wahrnehmung von Streikarbeit umgehend dem Bureau des Metallarbeiterverbandes, Volkshaus, zu melden. Die Streikleitung.

Glasarbeiter!

Die Glasarbeiter von Leipzig und Halle befinden sich seit dem 15. August im Streik. Alle Glasarbeiter und Hilfsarbeiter haben deshalb jedes Arbeitsangebot abzulehnen.

Zentralverband der Glasarbeiter, Jakobstraße Leipzig.

Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen.

Die Holzarbeiter des Geringswalder Industriegebietes, die in-folge schließlichen Geschäftsganges in diesen Betrieben nur höchstens vier Tage arbeiten, sind in eine Lohnbewegung eingetreten infolge der stetig steigenden Lebensmittelpreise. Verlangt wird eine Teuerungszulage. Sie soll nach der Kopfzahl der Familien berechnet werden. — Die Steinhauer in Chemnitz sind wegen Nichtanerkennung des Reichsmanteltarifs und wegen Lohnrückgang in den Streik getreten. Außerdem streiken seit Freitag voriger Woche etwa 300 Arbeiter der Steinhauer Schmelzwerke. Auch tschechischen Arbeiter in Sieditz haben neue Lohnforderungen gestellt. — Die Arbeiter des Maliner Holzgewerbes, freigewerkschaftliche wie Christliche, beschlossen, von Donnerstag an in den Ausstand zu treten. — Der Streik der Glasarbeiter im Thüringer Walde verhärtet sich. Die Industriellen haben im Laufe der letzten Tage etwa 20 Oefen schließen lassen, so daß mit einer längeren Stilllegung der Thüringer Glasindustrie zu rechnen ist. — In Burg bei Magdeburg sind etwa 10 000 Arbeiter der Schuh- und Lederfabriken in den Ausstand getreten. — Die Verwaltung der Rhönzuckerwerke in Nordh. hat, da die Arbeiter durch einen wilden Streik den Betrieb der Werke verhinert haben, die gesamte Belegschaft striklos entlassen. Da durch die Streikleitung das Kraftwerk stillgelegt worden ist, wurde die Technische Reichsanstalt aus Hagen angefehrt, die das Kraftwerk wieder in Betrieb setzte.

In der Textilindustrie im Bezirk Biele ist der Generallstreik ausgebrochen. Der Generallstreikparole seien von 62 000 Arbeitern 64 000 gefolgt.

Quittung Nr. 4.

Für das hangernde Ausland wurden im Sekretariat der U.S.V. abgeliefert: R. d. 10. — A. Liste Nr. 83, 82, 80, A. 177, 151. — A. 188, 119. — A. 189, 81. — A. 191, 58. — A. 193, 110. — A. 5 Arbeiter von Drankhein & Koppel, 25. — A. Liste Nr. 280, 85. — A. 843, 90. — A. 845, 244. — A. 377, 151. — A. 378, 85. — A. 379, 152. — A. 380, 48. — A. 381, 128. — A. 382, 189. — A. 383, 74. — A. 384, 115. — A. 385, 135. — A. 386, 180. — A. 468, 202, 51. — A. 457, 5. — A. 458, 79. — A. 469, 48. — A. 470, 180. — A. 464, 18, 50. — A. 466, 84. — A. 470, 122. — A. 471, 153. — A. 472, 54, 20. — A. 57, 55. — A. 151, 99. — A. 135, 72. — A. 168, 815. — A. 164, 182, 20. — A. 165, 100. — A. 166, 131. — A. 167, 83. — A. 168, 170. — A. 169, 100. — A. 170, 84. — A. 171, 218. — A. 172, 62. — A. 173, 48, 50. — A. 174, 70, 50. — A. 175, 175. — A. Leipziger Verlagsdruckerei G. m. b. H. auf Liste 649, 202. — A. Nachzahlung des Ortsvereins V. Möckern 62, 80. Dies list eingegangen 15. 022, 85. A. C. r. u. s.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Ernst Kreuzel in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Willer, Borodorf-Leipzig. Druck u. Verlag: Leipziger Buchdruckerei Unteneckerstraße, Leipzig

Büsten Messer Pickel

Ausschlag und alle Hautunreinigkeiten werden sie schnell vertreiben und nicht wieder erhallen, wenn Sie nach dem Waschen ein wenig **Kombella** einreiben. Sie sparen sich dann viel Geld durch wertlose Quacksalbereien!

Kombella ist die nichteffiziente Hautcreme in Friedensware wieder da, in allen einschlägigen Oefenwaren Tuba 2.— und 4.— in Friedensware überall da! Lassen Sie sich nichts anderes aufreden!

Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Nach dem deutsch-österreichischen Abkommen vom 1. September 1920 können deutsche Reichsangehörige zur Aufhebung der über österreichische bewegliche Vermögenswerte verhängten Sperre, zur Ausübung von österreichischen Aktienbesuchsrechten, Auszahlung von österreichischen Prämien und Treibern und Ausfolgung Österreichischer Genußlohnbescheide österreichische Versicherungen abgeben. Die näheren Einzelheiten können bei den unterzeichneten Finanzämtern eingesehen werden, bei welchen auch die eidesstattlichen Versicherungen abzugeben sind. Die Zimmer, in denen diese Geschäfte wochentags von 10-1 Uhr erledigt werden, sind unten beigegeben.

Die eidesstattlichen Versicherungen können daselbst vom 25. August ab erfolgen.

Leipzig, am 15. August 1921.

- Finanzamt Leipzig-Mitte (M)
- Hauptzollamtstr. 2, II., Zimmer 55 (Nähe Dorfplatz)
- Finanzamt Leipzig-Süd (S)
- Seeburgstraße 7, I., Zimmer Nr. 50
- Finanzamt Leipzig-Ost (O)
- Seeburgstraße 7, E., Zimmer Nr. 13
- Finanzamt Leipzig-West (W)
- Seeburgstraße 7, II., Zimmer Nr. 9
- Finanzamt Leipzig-Nord (N)
- Neuh. Hallische Str. 148 (Kaserne 106) Zimmer 45.

Sparkasse Wahren.
Geschäftstag von 8 bis 1/2 Uhr.

USPD. Groß-Leipzig

Wahren. Freitag, den 19. August 1921, abends 8 Uhr. **Mitglieder-Versammlung** im Birkenwäldchen (Vehmitze). Tagesordnung: 1. Die Aufgaben in der Gemeinde. Ref. Genosse Schröder. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. Zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

Unter diesjähriges **Kindorfest** findet Sonntag, den 28. August, statt. Anmeldungen werden noch bis Mittwoch, den 24. August, im Konsum angenommen.

Deutscher Rührschneiderverband

Sektion der Juristen, Maschinenarbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.
Sonntag, 20. August, nachmittags 2 Uhr **General-Versammlung** im Volkshaus, großer Saal.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht. 2. Neuwahl. 3. Stellungnahme zu untern Forderungen. 4. Gewerkschaftliches. Die Wichtigkeit der Versammlung erfordert zahlreiches Betrad.

Wieder-Eröffnung.

Meiner verehrten Kundschaft zur gefl. Kenntnis, daß meine **Spezial-Herings- und Fischwären-Großhandlung** Donnerstag, den 18. d. M., nachmittags 4 Uhr, wieder eröffnet wird. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine werte Kundschaft, wie in den 10 Jahren meiner bisherigen Tätigkeit, bestens zu bedienen und bitte ich, mir das seit langem entgegengebrachte Wohlwollen für die Folge zu bewahren.

Walter Baumann
Spezial-Herings- und Fischwären-Großhandlung, Wurznor Straße 2a.
— Telefon 60721. —

Täglich große Zufuhren **blutfrischer Seefische** ff. Kieler Räucherwaren usw.
Billigste Bezugsquelle für Wiedervorkäufer usw.

Familien-Nachrichten

Unsere liebe gute Mutter, **Frau Wilhelmine Koch geb. John** ist nach kurzem schwerem Leiden im Alter von 70 Jahren von uns gegangen.
Leipzig, den 17. August 1921
Thomasturstr. 1. III.

In tiefer Trauer **Otto Kuhwede** und **Frau Berta geb. Koch**, im Namen aller übrigen Hinterbliebenen.
Die Trauerfeier mit anschließender Einäscherung findet Sonntag, den 20. d. M., mittags 12 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofes statt.
Giltigst ausgedachte Blumenbeiden bitte in der Beerdigungsanstalt „Vielst“, Matthäikirchhof 28, abzugeben.

Am 16. August starb durch Unglücksfall unser lieber Sohn und Bruder **Arno Hertel**
M 81 k a u. Die trauernden Eltern und Geschwister.
Beerdigung Sonntag nachmittags 4 Uhr.

Dienstagabend 2 Uhr entfiel laut nach langen Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager, Schwieger- und Großvater, der **Fabrikarbeiter Franz Herbst** im Alter von 51 Jahren. In tiefer Trauer **L. G. H. L. S., Gothaer Str. 10, II.**
Friederike vorw. Herbst im Namen aller Hinterbliebenen.
Beerdigung Sonntagabend 2 Uhr Gohliser Friedhof.

Für die vielen Aufmerksamkeit und Ehrungen unseres teuren Entschlafenen lassen wir allen unteren herablichen Dank.
Lina vorw. Voltz geb. Gmeinhardt nebst sämtlichen Hinterbliebenen.

KAUF HAUS BRÜHL

Weitere billige

Haushalt Waren

Preßglas

- verschied. Muster, gute, reine Ware
- Kompotteller 1.95 **1.75**
 - Kompottschüsseln
je nach Größe u. Muster . . . 13.— **1.55**
 - Ruchenteller je nach Größe und
Muster 11.50 **8.—**
 - Butterglocken je nach Größe
9.— **7.50**
 - Fruchtschalen a. hohem Fuß **15.—**
 - Jardinieren je nach Größe
11.— **7.—**
 - Sahnenkannen **3.25**
 - Leuchter **3.50**
 - Aschenbecher versch. Muster
5.75 **2.60**
 - Wassergläser 1.60 **75¢**

Kristallglas für Wirte

- besonders günstige Einkaufsgelegenheit
- Likörgläser weiß und bunt, verschiedene Formen 6.25 5.25 **4.50**
 - Römer auf weiß. u. grünem Fuß 6.25 **5.50**
 - Rotweingläser 6.25 **5.—**
 - Wasserflaschen mit Glas . . . **9.—**

Weinglasgarnituren u. Römer

in reichhaltiger Auswahl zu niedrigen Preisen

Steingut

- Speiseteller glatt, tief u. flach **1.35**
- Speiseteller gerippt, tief u. flach
2.10 1.90 **1.45**
- Speiseteller feston, tief u. flach **1.95**
- Salats weiß . . . Satz 6 Stück 14.— **12.50**
- Gemüschüsseln
je nach Größe 6.— 4.50 **2.25**
- Terrinen od. glatt **12.75**
- Saucieren feston **9.—**
- Brotplatten weiß **3.50** **2.95**
- Milchtöpfe je nach Größe
6.75 5.85 **3.75**
- Kasernennäpfe **3.75** **3.25**
- Leuchter **3.75**
- Becken mit flachem Rand, je nach
Größe 14.— 10.75 **9.—**

Einzelne Becken in bunt u. weiß, zu Waschgarnit.

29.50 22.75 **21.—**

Nachttöpfe

8.50 **6.75**

Waschgarnituren

hübschen Mustern 175.— 125.— 72.— **39.—**

Waschgarnituren

4teilig bunt **35.—**

Tonnen-Garnitur.

22tlg. bunt bzw. Golddekor 180.— 135.— **120.—**

Billige Lebensmittel

- Kakao garant. rein . Pfd. **14.—**
- Leberwurst 2 Pfd.-Dose **4.40**
- Haferkakao 1/2 Pfd.-Paket **4.40**
- Tilsiter Käse Pfund **9.60**
- Magermilch gezuckert Dose **4.25**
- Zuckerhonig Pfund **4.20**
- Pflaumenkonfitüre 2.25 Pfund **2.25**
- Weizenmehl Pfund **4.20**
- 5 Pfund **20.—**

Weinbrand-Verschnitt

38-40% Alk. 1/2 Liter-Flasche **38.50**

Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Leipzig

Telephon 7769. Gerberstrasse 1, III., Zimmer 31.
Bürozeit: Montag bis Freitag, 1/2-1 Uhr vormittags, nachmittags von 4-7 Uhr und Sonnabends von 1/2-1 Uhr.

Achtung! Textilarbeiter! Achtung!

Wahl zum Internationalen Textilarbeiterkongress.
Werte Kollegen und Kolleginnen!
Für den vom 19.-21. September 1921 stattfindenden Internationalen Textilarbeiterkongress findet die Wahl am Freitag und Sonnabend in den Betrieben statt. — Alle Kollegen und Kolleginnen, die nicht in der Lage sind, im Betriebe zu wählen, haben ihren Stimmzettel am Sonnabend, nachmittags von 1-5 Uhr, im Bureau, Gerberstraße 1, III., abzugeben. — Stimmzettel mit den aufgestellten Kandidaten sind im Wahlbureau zu haben. — Mitgliedsbuch oder Karte ist bei der Wahl vorzulegen.
Die Verbandsleitung.

Zentral-Verband der Maschinisten u. Seizer

Wie Berufsgenossen
Zahlstelle Leipzig
Geschäftsstelle u. Arbeitsnachweis: Hotel Victoria, IV. St., 31.108 u. 100 (Steg, Radolfstr.)
Expeditionszeit: vormittags von 8-10 Uhr und nachmittags von 6-7 Uhr.

Außerordentliche Generalversammlung

Sonnabend, den 20. Aug., abds. 1/2 Uhr, im Gartensaal des Volkshauses
Tagesordnung: 1. Bericht vom Verbandstag. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches oder der Mitgliedskarte.
Zahlreiches Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.

Kartell der Arbeitervereine für Sport- u. Körperpflege

Turn-Bereine

L.-Stötterig. Turnerbund (L. B.) Sonnabend, den 20. August, abds. 1/2 Uhr, auf unserem Sportplatz (an der verlängerten Dörfstraße) Fußballspiel Almenau gegen Stötterig.
Sonntag, den 21. August, **Blattweide mit Schauturnen.** Ab früh 7 Uhr Wertungsturnen der Turner und Turnerinnen, anschl. Turnspiele; nachm. 1/2 Uhr Umzug durch Stötterig nach dem Festplatz, Freilichungen und Geräteturnen aller Abteilungen des Vereines; nachm. 6 Uhr **Fußballspiel Bader-Brannschweig** gegen Stötterig. Konzert auf dem Festplatz. Programme 2 Bl. Wir bitten um zahlreiches Betrad der Einwohnerlichkeit und aller Turn- und Sportgenossen. Der Turnrat.

Radsfahrer-Bund Solidarität!

Abt. Zentrum. Sonnabend, 20. August, **Sted. (Gambinus).** **Abfahrt Punkt 7 Uhr v. Germania-** bad. Zahlreiche Beteiligung erwartet D. B.

Samariter-Bereine

Arbeiter-Samariter-Bund
Kolonne Leipzig.
Freitag, den 19. August, abends 1/2 Uhr, findet im Volkshaus eine **außerordentliche Generalversammlung** nur für Abteilung Zentrum statt. Der Zentralverband.

Am 1. September 1919... Die Leipziger Allgemeine Zeitung bringt in ihrer Sonntagsnummer folgende Mitteilung: Marktschändel. In einer der letzten Nächte gelang es dem Hirtwächter des Rittergutes Gärnich endlich einmal einen der Getreibe diebe zu fassen. Zum Erfahren vieler war es der von unabhängigen Sozialdemokraten gewählte Schulvorstand Jakob aus Seebitz. Er wurde überführt, als er gegen Mitternacht fremdes Getreide gleich in gebundenen Garben ernten wollte. Wir haben uns sofort mit dem Genossen Jakob in Verbindung gesetzt, der uns folgendes mitteilte: „Es ist unwar, daß ich gegen Mitternacht überführt worden bin, als ich Getreide gleich in gebundenen Garben ernten wollte.“ Ich bin an dem fraglichen Abend nach dem Gewitter ein Stück

ins Freie spazieren gegangen und befand mich gegen 9 Uhr auf dem Wege nach Hause. Als ich in Gedanken verunken an einem Feldtrale erlangte ging und um den Weg abzufahren ein kleines Stück über eine Wiese schritt, tauchten plötzlich drei Männer vor mir auf, die mich mit dem Ruf: Halt, sonst wird geschossen! bedrohten. Ich war demnach erschrocken, daß ich ohne zu überlegen davonlief. Ich fiel zu Boden und wurde eingeholt. Die sofortige Untersuchung ergab, daß ich nichts bei mir hatte, mich am allerwenigsten eines Getreidebiefstahls schuldig gemacht hatte. Später kam der Gendarm zu mir und teilte mit, daß er Anzeige machen müsse, weil ich die Sperrezeit nicht beachtet hätte. Wenn ich mich also irgend eines Vergehens schuldig gemacht haben sollte, könnte es nur das sein, daß ich entgegen den Sperrevorschriften, die ich nicht kannte, einen Feldweg betreten hatte. Die Behauptung, daß ich beim Getreidebiefstahl überführt worden sei, ist eine Infamie, die einem politischen Radikale sehr ähnlich sieht. Die Anzeige kann nur entweder von dem Rittergutsbesitzer, Oekonomierat Seidler selbst oder einem seiner Beauftragten veranlaßt worden sein. Herr Seidler weiß aber ganz genau, wo die Getreide diebe zu Hause sind. Es sind vielfach Personen beim Getreidebiefstahl und bei Jagdvergehen erfaßt worden, die aber nicht der Sozialdemokratie, sondern den sogenannten staatsfeindlichen Parteien angehören. Gegen diese wirklichen Spitzhunden, deren Namen uns zur Verfügung stehen, ist keine Anzeige erfaßt worden. Herr Seidler begnügt sich damit, daß Beträge von 75 bis 1000 M. in die Armentasse fließen. Das läßt ganz deutlich erkennen, welche Motive bei dem haktlosen Vorgehen gegen Jakob gewirkt haben. Wir werden auf die Angelegenheit noch zurückkommen. Jakob sieht dem Erfolg der Anzeige mit aller Ruhe entgegen und befaßt sich nach gerichtlicher Klarstellung der Angelegenheit weitere Schritte vor.

Wir stellen zunächst mit Vergnügen fest, daß nach den letzten Worten die Reichsverfassung für die Kommunisten kein billiger Gummistempel ist, sondern daß sie die Verfassung, von der der Kommuniste Giewert im jüdischen Landtag erklärte, er peijie darauf, in Zukunft mit allen Mitteln schützen werde. Es ist also ganz berechtigt, daß sich der Rote Kurier in heller Entrüstung gegen die sozialistischen Minister wendet, die nach seiner Behauptung die Verfassung gebrochen haben. Aber diese Entrüstung ist ebenso unecht, wie der ganze Schwindel von der Verfassung eines Ordens durch die jüdische Regierung ist. Auf eine Anfrage im Ministerium wurde uns bestätigt, daß von der jüdischen Regierung weder an den genannten Oberstaatsrat, noch an eine andere Person ein Orden verliehen worden ist. Sollte Dr. Trautmann dennoch einen Orden bekommen haben, so kann das höchstens durch eine dem Reiche unterstehende militärische Stelle geschehen sein. Das hätte auch der Rote Kurier feststellen können. Er hätte das schon anständigerweise tun müssen, weil in einem früheren Falle schon eine ähnliche Schwindelnotiz richtiggestellt worden ist. Aber es handelt sich bei dem kommunistischen Verleumdungsblatt nicht etwa um eine Leichtfertigkeit, sondern um eine Absicht. Es wollte die Wahrheit gar nicht wissen, sondern die Gelegenheit benutzen, um durch einen Schwindel die sozialistische Regierung und die unabhängige Partei zu verächtigen. Das nennen die Elitisten und Konfessoren dann Aufklärung der Arbeiterklasse. Und diese verlogene Gesellschaft mag dann noch zu behaupten, sie erziehe die Einigkeit in der Arbeiterbewegung. In Wirklichkeit ermüdet sie durch ihre Schwindelpraxis das Vertrauen der Arbeiterklasse und schwächt die Kampffront gegen den Kapitalismus.

1 Uhr Polizeistunde in Sachsen?

Wie eine Pressefeste erfahren haben wird, wird die Polizeistunde in Sachsen in den nächsten Tagen bis auf 1 Uhr nachts verlängert werden.

Gegen eine Vermehrung der Ausnahmefesttage.

Nach § 105b der Gewerbeordnung dürfen die Behörden dem Handel an höchstens zehn Sonntagen jährlich ein Verkauf von acht Stunden, insgesamt also 80 Sonntagsverkaufsstunden, freigegeben. Ein vom Reichsarbeitsministerium ausgearbeiteter Vorentwurf sah dagegen vor, die Zahl der Ausnahmefesttage von 10 auf 14 zu erhöhen, gleichzeitig aber die Zahl der Sonntagsarbeitsstunden von 80 auf 48 herabzusetzen. Auf Betragen der sächsischen Wirtschaftsministeriums sprach sich die Dresdner Handelskammer gegen die fragliche Keuerung aus, weil die Bevölkerung zum großen Teil die freigegebenen Sonntage zu Einkäufen benutzen muß, diese aber besser an ein paar Sonntagen weniger genommen als an vier Sonntagen mehr, sofern ihr hierbei eine längere Verkaufszeit geboten wird. Auch für die Angestellten sei es angenehmer, an weniger Sonntagen sich dienstbereit zu halten, als sich während einer größeren Zahl von Sonntagen beschäftigen zu müssen, selbst wenn im letzteren Falle die Dauer der Beschäftigung insgesamt geringer sei.

Die neue Stadt Freital.

Am Montag hielten die Gemeinderäte von Deuben, Döhlen und Postkappel eine gemeinsame Sitzung ab, in der davon Kenntnis genommen wurde, daß das Ministerium seine Bedenken gegen die Stadtgründung im Plauenischen Grunde zurückgestellt hat. Das Ortsgrundgesetz für die neue Stadt, die den Namen „Freital“ führen soll, wurde mit dem vom Ministerium vorgezeichneten Änderungen genehmigt. Die Vereinigungen der drei Orte zu einer Stadt mit revidierter Städteordnung erfolgt am 1. Oktober d. J. Die Wahl des Stadtverordnetenkollegiums für das neue Gemeinwesen erfolgt am 25. September.

Der Programmwurf aus den Dresdner Rechtssozialisten abgelehnt.

Die rechtssozialistische Parteioffiziation für Dresden Neustadt nahm in einer Versammlung Stellung zum Programmwurf. Der Redner war der volksparteiliche Rechtssozialdemokrat Beilke, dessen Bemerkungen nicht nur der Herbeiführung einer bürgerlich-rechtssozialdemokratischen Koalition gelten, sondern der sich in dieser Versammlung auch für die Annahme des Programmwurfs aufopfert. Er wurde jedoch in den Sand gesetzt. Außer dem ortsomischen Dr. Sachs sprachen sämtliche Disziplinierungsredner in scharfer Weise gegen den Entwurf. Einer von ihnen kennzeichnete ihn mit diesen Worten: „Der Entwurf sei eine Abgabe an den alten Sozialismus, aber auch an den neuen Sozialismus, wie er in den Forderungen von Bauer, Neutal und Willel verkörpert ist. Es fehle ihm ein klares Ziel.“ Die Versammlung endete mit der Annahme folgender Entschliessung: „Der sächsische Unterbezirk Dresden lehnt den vom Parteivorstand veröffentlichten Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm als gänzlich unzulässig ab. Er ist infolge seiner Unklarheit, Uneinheitlichkeit und Schwächlichkeit als Grundlage für weitere Erörterungen ungeeignet und entspricht nicht den sozialistischen Gefinnungen und Bestrebungen, die die sozialdemokratischen Massen beherrschen. Der Bezirk fordert darum, daß der Parteitag die Zusammenfassung der Programm-Kommission erteilt, indem er entscheidende Vertreter der entscheidenden Sozialisierungsgebanten in diese entsendet.“ Eine gleiche Entschliessung nahmen auch die Rechtssozialisten in Dresden-Neustadt an.

Meißen. Wegen Mordes bzw. Totschlags wurde hier der Elbstrasse 9 wohnhafte Arbeiter Ernst Schwarz festgenommen. Schwarz hatte sich am 17. August mittags freiwillig der Kriminalpolizei gestellt. Er gab an, seine Ehefrau durch Erwürgen getötet zu haben, weil er von ihr der Untreue beschuldigt worden sei. Er hat in der Nacht vom 16. in seiner Wohnung, wo die Leiche lag, geschlafen. Die Eheleute Schwarz lebten in unglücklicher Ehe. Es hat oft Zank und Streit gegeben. Schwarz war erst seit 25. August 1920 verheiratet. Am 4. August hat Schwarz an seiner Arbeitsstelle durch Unglücksfall eine Gehirnerschütterung erlitten. Die Folgen dieses Anfalles scheinen mit der Tat in Zusammenhang zu stehen.

Treuen i. B. Eine vorläufige Porzellan-Manufaktur ist hier gegründet worden. Damit haben die Bestrebungen, neue Industrien ins Vogtland zu ziehen, wiederum einen Erfolg aufzuweisen.

Pötha. Die Zahl der Erwerbslosen im Bezirk der Amtshauptmannschaft ist von 1081 im Juli auf 559 im August zurückgegangen.

Sächsische Angelegenheiten.

Auf den Schwindelsjaden des Roten Kuriers.

Die Kommunisten als Schlichter der Verfassung. Der Rote Kurier, über dessen politische Gewissenhaftigkeit der Abgeordnete Eltrodt als zeichnender Redakteur wacht, und der seine hauptsächlichste Aufgabe in der Verleumdung der unabhängigen und der Zerplitterung der Arbeiterbewegung sieht, bringt einen Artikel unter der Überschrift: Die jüdische „sozialistische“ Regierung verleiht verfassungswidrig Orden. Es heißt da: „Ergreifen waren es zwei Jahre, daß die „freieste Verfassung der Welt“ von der bürgerlichen Nationalversammlung angenommen wurde. In dieser Verfassung steht ein Artikel 109, in dessen fünftem Absatz es heißt: „Orden und Ehrenzeichen dürfen vom Staate nicht verliehen werden.“ Am 11. August 1919 haben Fritz Ebert, Roste und noch einige ihrer Gefinnungsfreunde ihre Namen hinter die 181 Artikel gesetzt, welche dem deutschen Volke die „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ bringen sollten. Tausendmal sind die Paragraphen von Weimar von allen verfassungstreuen Elementen, von Ebert und Roste bis zu den Kaputtiten und den Hiltren des Geleises in Talar, gebrochen worden. Gestern war die ganze menschewistische Presse gerückt mit überchwänglichen Looseshymnen auf das große Werk von Weimar. Die jüdische „sozialistische“ Regierung wollte das bedeutame Ereignis anstehend besonders würdevoll begehen. Diese Verfassung ist da, und gebrochen zu werden. Für Arbeiter bedeutet ein Verleumdungswerk schon Hochverrat. „Sozialistische“ U.S.V. Minister aber wären nicht von heute, wenn sie nicht so einen kleinen Verleumdungswerk riskieren würden. Am Tage, an dem das Paragraphenwerk von Weimar das Jubiläum seines glücklichen Abchlusses feiert, ist es gewiß besonders originell, den Beweis zu liefern, daß es da ist, um gebrochen zu werden. Herr Lipinski liebt so etwas Parties. Deshalb lesen wir gestern in der Zeitung: „Dem Obermedizinalrat Oberstaatsrat Dr. Alfred Trautmann in Dresden ist das Ritterkreuz 1. Klasse des Albrechtsordens mit Schwertern nachträglich verliehen worden.“ In letzter Zeit hat Herr Lipinski viel von sich reden gemacht. Er hat vor einigen Tagen ein großes Gerüst am Ritterkreuzgebäude errichten lassen, damit von dort die Inschrift „Königlich“ entfernt wird. Damit hat er eine gewisse, sehr spät erwachte und sehr harmlose Antipathie gegen den Monarchismus bewiesen. Trotz alledem die Verleihung hoher Orden mit Schwertern genähmt an königliche Art und Sitte und ist geeignet, mißmutige Geister zu verjähnen. Wir wollen indessen nicht verfehlen festzustellen, daß sich die unabhängigen Minister in Sachsen, wenn sie Arbeiterinteressen vertreten sollen, jedesmal hinter die reaktionäre Reichsregierung und das Reichsgesetz verstecken, daß sie insbesondere erklären, an die Verfassung gebunden zu sein. Deshalb sind wir gespannt, aus welchen Motiven heraus Herr Lipinski diesen offenen Verleumdungswerk begangen hat. Aber im Artikel 105 der Weimarer Paragraphen steht bekanntlich auch: Ausnahmeerichte sind unstatthaft. Trotzdem hat erst vor einigen Wochen ein solches keine Stattheit in Dresden abgeschlossen. Die Reichsverfassung ist eben auch für sozialistische Minister ein billiger Gummistempel, den man beliebig behenen kann, ganz nach dem Bedürfnis der Bourgeoisie.“

Aus der Umgebung.

Eine Gemeinheit. Die Leipziger Allgemeine Zeitung bringt in ihrer Sonntagsnummer folgende Mitteilung: Marktschändel. In einer der letzten Nächte gelang es dem Hirtwächter des Rittergutes Gärnich endlich einmal einen der Getreibe diebe zu fassen. Zum Erfahren vieler war es der von unabhängigen Sozialdemokraten gewählte Schulvorstand Jakob aus Seebitz. Er wurde überführt, als er gegen Mitternacht fremdes Getreide gleich in gebundenen Garben ernten wollte. Wir haben uns sofort mit dem Genossen Jakob in Verbindung gesetzt, der uns folgendes mitteilte: „Es ist unwar, daß ich gegen Mitternacht überführt worden bin, als ich Getreide gleich in gebundenen Garben ernten wollte.“ Ich bin an dem fraglichen Abend nach dem Gewitter ein Stück

Ein kleiner Auszug aus Geyers billigen Lebensmitteln!

Schweinefleisch	... Pfd. 14.50
Tafelmargarine	... Pfd. 10.00
Schweinefleisch	... Pfd. 12.00
Speck und Schwarzfleisch	... Pfd. 14.00
Schinken im ganzen Stück	... Pfd. 14.00
ausgewogen	... Pfd. 16.00
Blut- und Leberwurst	... Pfd. 14.00
Hollersoden	... Pfd. 2.90
Reis	... Pfd. 5.00
Grüh, weiß	... Pfd. 2.90
Mehl	... Pfd. 2.80
Erbsen, weiß	... Pfd. 2.35
Erbsen, grün	... Pfd. 2.35
Bohnen	... Pfd. 2.00
Linien	... Pfd. 5.00
Simbezzell	... Pfd. 3.20
Halerlino	... Pfd. 4.00
Wafel	... Pfd. 4.40
Raffee, russisch	... Pfd. 24.00

Schönefeld, Paul-Heyse-Strasse 30
Kleinzschöcher, Wigandstrasse 48
Neust., Ecke Wibmann-u. Neust. Str.

Damentaschen

Hohelegante Neuheiten!
Solide Qualitätsware
Erneut im Preise herabgesetzt
Eigene Fabrikation u. Reparaturwerkstatt.
Größte Auswahl

Karl Blaich Windmühlenstr. 32
Tauchaer Straße 16

„Ein Plan zur Sozialisierung der Landwirtschaft“
von Karl Marchionini. — Preis 2 Mk.
Leipziger Buchdruckerei A. G.
Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Telephonisch können Inzerate nicht angenommen werden.
Erpedition d. Leipz. Volkszeitg.

Auto-Mot. Oel Ltr. 7.50
Benzin A 7.50 per Liter

Industrie-Lack
Kilo-10.00
Fußbodenöl la 8.00
all. b. mindest. 5 Ltr. od. Ko.

Kreide, Leim, Farben, Gips

Zement/Anstrich/ Pinsel/Schablonen
Fußbodenfarben u. Lacke/Terpentin
kauft man vorteilhaft. F. Feist, Rödelstr. 12, Tel. 40993
Straßb. 1 u. 8. Farbenanfert. j. d. Wunsch entspr.!

Leipziger Bücher-Ramisch-Salle
Burgstrasse 22-24, gegenüber dem Thüringer Hof.
Bücher, Zeitschriften, Unterhaltungs- und Jugendbücher.
Große Auswahl. Billige Preise. Kein Kaufzwang.
Ankauf von Büchern außer Zeitschriften u. Schulbüchern.

Streichfertige Del- und Lackfarben

in anerkannt vorzüglichsten Qualitäten!
Nicht die geford. Preise sind maßgeb. sondern die Qualität.
Fußbodenlackfarbe i. Friedensqualität kg 16.00
(Neuzeitiges Fabrikat und vollkommen klebefrei)
Vorstreichfarbe i. Fußböden, in Ware kg 12.00
Weiße-Emaille-Lackfarbe in neuer neuzeitiger reinweißer
Farbe für Türen, Fenst., kg 24 Mk.
Möbel usw.
Die Farbe in grau, eisenschein usw. kg 24.00, Vorstreich-
Del-farbe, weiß kg 15.00, Wandstreichlackfarbe, abwaschbar, braun
kg 10.00, grau kg 15.00, Deckfarben in die Türen kg 10-14.00
Leinölfirnis, garant. rein, dopp. gef.,
fein Verfeinert, kg 16.00, ab 5 kg billiger
Weißblei in Del, gar. rein, kg 15.00
Fußboden-Stauböl, hell und fett, geruchlos, kg 9.00
erner sämtliche Lacke, Del- und Trockenfarben,
Girnis, Beim, Kitt in nur bester Qualität und sorg-
fältiger, lachsmäßiger Verarbeitung.
Beste Trockenkraft und Haltbarkeit!
Spezialgeschäft für Farben und Lacke
Kühnert & Co., jetzt Peterssteinweg 18.

Herr H. Böwing in Göttingen schreibt: Meine
Pisepulver
Wirkung
gibt ich durch Schaumauflage von Obermeyer's Weibsel
beseitigt.
Für Nachbehandlung in
Dusch-Bad besonders zu
empfehlen. Zu haben in
allen Apotheken, Drogerie-
und Parfümerien

**Wegen Hausabbruch
Räumungs-Ausverkauf**
Alle Preise bedeutend herabgesetzt. — Alle Strohhüte
hüte Preisnachlass 20 Prozent.
Filzhüte von 33.-
Mützen von 14.-
Oberhemden von 48.-
Trikotelnsatzhemd mit weißem Zephyr 37.50
einl. von 37.-
Hosenträger und Krawatten von 5.-
Hosenträger, farbige v. 5.00
Alle Waren sind offen ausgesetzt.
Niefenauswahl in modernen Selbstbindern,
nur vornehme Muster.
Sämtliche Herren-Wäsche, Spazierstöcke, Regenschirme usw.
R. Winkler, Hallische Straße 3
zwischen Hauptbahnhof u. Brühl.

Warnal Extra

die idealste Haushalt-Seife mit 80% Fettgehalt



Mitteldeutsche Aktiengesellschaft Seifenfabriken
Wahren-Leipzig

General-Vertretung und Lager für Leipzig:
Paul Kühner, Leipzig, Bayerische Straße 39. Tel. 11061.

Zigarren
garant. rein, Stück nur 50 J
Rownoer
Schmucktabak 50er nur 20.00
Kautabak
amerikan. Regel, nur 2.50 J
Land-Tabak
österreich. Regie, nur 1.25 J
Rauch-Tabak
Krißschmitt, 100 gr nur 4.00
Roth-Händle
Zigaretten, 10 Stück 2.50 J
Schmalzer
Regensburger, nur 50 J
in den Zigarrengehäusen:
Devisen-Stadt: Elsterstraße 3
Gerberstr. 40
L. St.: Täubchenweg 43
W. St.: Wühner Straße 37
L. West: Wühner Straße 49
weit Verkaufsstellen verlegt
GOTSCH, 17 Elsterstraße 17
Telephon 11343.
Gummiabfälle alle Gröb.
billig.
Batterien (Webe)
teils frisch,
teils alt,
Batterie, Kaiserstr. 5.
Wring-Maschinen
word. schnell
Holzring mit bestem
Gummi versehen. Jede 55.00
Walze wie neu für 55.00
Annahme Ködelstr. 12 im
Laden, Straßenbahn 1 u. 8.
Tapeten, Rolle 1.00 an
Worte, Meier von 5 J an
Richard Körner
Elfenstraße 54
Ecke Körnerstraße.
Kein Laden!
Haut-, Geschlechts-
u. Hornleib, vort. neu Schwäche
behand. Dr. med. Dorl, nicht
aprobirt, Mitt. naturw. u.
Gesell. Leipzig, Kurprinzstr. 5.
Sprechst. von 11-2 u. 4-11 Uhr.
Inferate sind nicht an
den Redaktion
sondern a. d. Expedition d.
Velpa. Volkszeit. zu richten.

Kleiner Anzeiger

Arbeitsmarkt
Rocksneider
tüchtige, erfindungsg., finden wirklich dauernde, angenehme
Beschäftigung auf Werkstätten, nach Tarif I, bei
LICHTINGER & KOHLER, Gerberstraße 50.

Tüchtige, hink- und redogewandte Kassierer
gesucht, welche 500 Mark Kaution stellen können,
zum sofortigen Eintritt. — Vorstellung nachmittags
zwischen 2 und 5 Uhr bei der **Direktion der Groß-
Arenaschau Olympia, Nordplatz in Reudnitz.**

Spottbillig Hosen
Neu u. gotr.
Militär-, gestreifte,
schwarze, alle Arbeiter-
hosen in Riesenauswahl
auch alle Schuhwaren
kaufen Sie nur beim
altbekanntesten
billigen Kanner
Eisenbahnstr. 5.

Verkäufe
Telephon 10401.
Große Auswahl in nur
berühmtesten getragenen
Reid, Blau, Mantel, Rod,
und dergl. **Feleba Claus,**
Windmühlent. 45. I. Etage.

WMARTIN SALZGÜSSCHEN3
FERNLUF N92988
SCHUM
SONDERANGEBOT
Herrenstiefel 98.50
in Rindbox, Größe 44/46
Mit. Sohlen, 95 J, gestreifte
u. Arbeitshosen v. 45.00 an uf.
Klisch., Windorfer Str. 30, p.
Mantelkleider, wollene, eleg.
198.00, Wolllilien, eleg. gefst.
75.00, Gopbientstraße 29, II. 1.

Spottbillig Sport- und Berufs-Kleidung
Getragene und neue
Anzüge Hosen
Militär-
gestreifte
schwarze
Arbeiter-
nur prima Qualitäten u.
feinste Schneider-Arbeit
a. sämtliche Schuhwaren
kaufen Sie nur beim
altbekanntesten
Kanner
Eisenbahnstr. 5

Anzüge, Hosen,
Cut., Gehr., Aus., Schlüpf.
feine große Annonce, aber
billige Preise. Bitte anfragen
Lanae Straße 10. I.
! Von Herrschaften!
wenig getr. Herren- u. Damen-
Garderobe, Kostüme, Kleider,
Mäntel, Röde, Blau, Schuhe,
Bettwäsche, Federbett, a. bill.
Preis. **Kantl. Steinweg 28. I. 1.**
Martha Lindam & Paunsdorf,
Hauptstr. 74, an der Kirche.
Blusen, Schürzen, Strümpfe bill.
Genden, Siderler, Strümpfen.

SCHUHWAREN
Einzelverkauf an Private zu Engrospreisen!
Herrn-Stiefel, Rindleder, genagelte Sohlen, 89.00
Herrn-Stiefel, Rindbox, 135.00, 120.00
Herrn-Stiefel, pa. Rindb., Qualitätsw. 175.00, 168.00, 150.00, 145.00
Herrn-Stiefel, pa. Mastbox, Orig.-Goodyear-Wall 195.00, 185.00
Herrn-Stiefel, braun Mastbox, 268.00, 225.00, 185.00
Herrn-Schnallenstiefel, extrabreit, 169.00
Herrn-Gummizugstiefel, pa. Mastbox, eleg. Form 159.00
Jünglings-Stiefel, Rindbox, 36.50, 118.00
Wander- und Straßenstiefel, sehr dauerhaft, naturbraun, Fahlleder, 40/46 135.00, 36/39 115.00
Fußballstiefel, ganz vorchriftsmäßig, 160.00
Kinder-Stiefel, prima Rindbox, 31/35 67.00, 27/30 72.00
Kinder-Stiefel, prima Chevreau, Chrom, Rindbox, 25/26 46.00, 23/24 42.00, 18/22 39.00, 29.00
Damen-Halbschuhe, 118.00, 98.00, 75.00, 60.00
Lack-Schnür- u. Spangenschuhe und Pömp, 198.00, 168.00, 140.00
Damen-Spangenschuhe, prima Qualität 118.00, 97.00, 75.00
Schwester-Spangenschuhe, Rahmenarbeit, 105.00
Frauen-Stiefel, bequeme Form, für empfindliche Füße, mit niedrigen Absätzen, prima Qualität, 145.00, 125.00
Braune Damen-Stiefel u. Halbschuhe enorm bill.
Schwarze Dam.-Stiefel m. u. o. Lackkapp, 148.00, 118.00, 90.00
Sandalen, braun, Rindleder, 72.50, 60.00, 50.50, 48.50, 40.50
Leder-Hauschuhe mit Ledersohlen, 44.50
Leder-Spangenschuhe mit Ledersohlen, 49.50
Kinder-Spangenschuhe, braun, 48.50, 41.50, 38.50
Segeltuch-Turnschuhe mit Ledersohlen, 19.00
Leder-Hauschuhe, Niederreiter, braun, 47.00
Braune Kinderstiefel, extra billig
Stein & Comp., Schuhwaren engros
Richard-Wagner-Straße 12, III.
Fuhrstuhl, Vorkaufszeit 9-1 und 3-6 1/2 Uhr.

Zür 100 Mk. nur 95 Mk.
zahlen Sie in **Brochers**
Garderoben-Haus
Gerberstraße 43 für
Anzüge, Hosen
Gummimäntel
Schuhe
Seidenmäntel
Kostüme, Röde
Blusen, Wäsche

Achtung!
vom 30. Juli b. 15. August
Sonderangebot
in Anzügen
aus besten Stoffen, eleg.
Form, enorm billig bei
Käthe Thieme,
Leipzig, Sporgasse 10, I.
Blusen weiß u. farbig,
Dandbohlaum
u. gestickt, zu Fabrikpreisen
Reudnitz, Dofet Str. 54, pt. 1.

Spottbillig Anzüge
Neu und getragen
von feinsten Kavaliere
kaufen Sie auffallend
billig, auch sämtliche
Schuhwaren nur beim
billigen Kanner
Eisenbahnstr. 5.

Anzüge
allerneueste Formen und Farben
gestreifte
Hosen
Manchester-
schwarze
dunkelblau
Militär- und
Sommer-Joppon billigs!
Wadewitz,
Windmühlent. 33, I.
Kein Laden, daher die
staunend billigen Preise.

Fahrräder
neu, auf Teilszahlung
verkauft
Ritofalstraße 10, 101.

Fahrräder
gebr. von 440 an,
Leitfahnde von 13.50 an,
Lautdecken von 43 Mk. an,
Zubehör i. bill. Tagespreisen
Beyer
Kantstraße 33
Steinweg 33

Laufdecken
Zuflächende
großer Polster eingetroffen.
Schönheitsst. Gelegenheits
Große Kleiderstraße 22. 1. 1.

Opel-Fahrräder
die führende Marke
Mittelverkauf, d. D. Sen Leopolas
Gmail, Bernd. u. Renner.
Wegener & Carl, Niederstr. 1a
Gros. Gsch. i. Fahrtr. u. Rahn.
Eleg. weiß, Kinderwan. a. of
Schulze, Inlestr. 7. Raeb. III
Mod. Kinderwan., Klappw.
Klappstuhl verfert. sehr billig
Lindenau, Birkenstr. 8. p. r
Waher, Kinderwan, preisw.
Schöne, Stettinerstr. 125. I. I
Rad. Hahne, Bort. 1. 1. 1. 1.
1. 3. junge Schiffer bill. a. of
Lindenau, Birkenstr. 8. pt. r

Inferate
für die fällige Nummer
bestimmt, erbiten die
besten 9 Uhr vorm
am Erscheinungstage